



# Deutsche Polizei

Nr. 10 Oktober 2004

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



## **Brandherd Niedersachsen: Der Flächenbrand greift über**

### **In dieser Ausgabe:**

**Polizeischüler in Berlin:  
Der letzte Rest**

**Ausbildung:  
Vom Diplom-Verwaltungswirt  
zum Bachelor**

**Auslandseinsätze:  
Brandenburger Polizeistruktur  
in Mazedonien?**

**Scheidungsväter:  
Besser als ihr Ruf?**

**Steuern:  
Rentner und Pensionäre  
müssen mehr zahlen**

<b>2</b>	<b>KURZ BERICHTET</b>	<b>INTERNATIONALE POLIZEIEINSÄTZE</b>	<b>22</b>
<b>4</b>	<b>KOMMENTAR</b> <i>Wir sind die Guten!</i>	<i>Brandenburger Polizeistruktur in Mazedonien?</i>	
<b>4/5/</b>	<b>FORUM</b>	<b>DGB BILDUNGSWERK</b>	<b>27</b>
<b>6</b>	<b>TITEL</b> <i>Hauptsache sparen – koste es, was es wolle</i>	<i>Bildungsurlaubsseminare November/Dezember 2004</i>	
<b>15</b>	<b>BEAMTENRECHT</b> <i>BMI verordnet: 40-Stunden-Woche für Bundesbeamte</i>	<b>SOZIOLOGIE</b>	<b>30</b>
<b>16</b>	<b>AUSBILDUNG</b> <i>Der letzte Rest</i>	<i>Scheidungsväter – besser als ihr Ruf?</i>	
<b>18</b>	<b>AUS-UND FORTBILDUNG</b> <i>Vom Diplom-Verwaltungswirt zum Bachelor!</i>	<b>RECHT</b>	<b>33</b>
<b>20</b>	<b>PRAKTISCHER ARBEITSSCHUTZ</b> <i>Warn- und Einsatzkleidung</i>	<i>Urteile</i>	
		<b>FACHTAGUNG</b>	<b>34</b>
		<i>JUNGE GRUPPE (GdP) sucht neue Wege</i>	
		<b>RENTEN- UND PENSIONSBESTEUERUNG</b>	<b>37</b>
		<i>Mehr Steuern für Rentner und Pensionäre</i>	
		<b>SENIORENJOURNAL</b>	<b>38</b>
		<b>BÜCHER</b>	<b>40</b>



Deutsche  
**Polizei**

Titelbild:  
Foto und Titelgestaltung Rembergt Stolzenfeld



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
189 346 Exemplare  
ISSN 0949-2844



**Inhalt:**  
100% Recyclingpapier  
**Umschlag:**  
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung

**Nr. 10 • 53. Jahrgang 2004 • Fachzeitschrift  
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft der Polizei,  
Forststraße 3a, 40721 Hilden,  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,  
Fax (0211) 7104-222  
**Homepage des Bundesvorstands der GdP:**  
<http://www.gdp.de>

**Redaktion Bundesteil:**  
Marion Tetzner  
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,  
Stromstraße 4, 10555 Berlin,  
Telefon (030) 39 99 21 - 114  
Fax (030) 39 99 21 - 190  
**E-Mail:** [gdp-redaktion@gdp-online.de](mailto:gdp-redaktion@gdp-online.de)

**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen  
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen  
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir  
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

**Verlag:**  
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** [vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de](mailto:vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de)

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Lothar Becker

**Anzeigenleiter:**  
Michael Schwarz  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28a  
vom 1. April 2003

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

## **Stark beachtet: Pressemitteilung der GdP**

Als GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg zum dritten Jahrestag des 11. September eine alarmierende Bilanz der Terrorbekämpfung zog, gab es harsche Kritik aus dem Regierungslager: Er würde verantwortungslos übertreiben, Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, wies die Kritik als «haltlos und unverschämt» zurück. Das Bundesinnenministerium nannte sie substanzlos; Herr Freiberg liege mit seinen Feststellungen jenseits der Realität, so eine Ministeriumssprecherin. Die Sicherheitslage sei ernst und angespannt. Im Augenblick gebe es aber keine Hinweise für bevorstehende Anschläge ...

Am 7. September hingegen bewertete Otto Schily den Terrorismus als reale Gefahr auch für die Bundesrepublik und rief dazu auf, die Wachsamkeit zu verstärken.

Übereinstimmend stellten die deutschen Geheimdienste am Vorabend des 11. September fest, dass die Sicherheitslage in Deutschland angespannter denn je sei. Aus Sicht des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, wachse die Terrorgefahr in Deutschland.

Nach Darstellung der Nachrichtendienste werden in Deutschland mindestens 300 Islamisten vermutet, die aus dem Stand zuschlagen könnten. Besonders sind die Dienste darüber beunruhigt, dass die islamistischen Terroristen weltweit ein raffiniert verdecktes System im Internet betreiben, um sich über Einzelheiten ihrer Pläne, Anschlagziele und den Bau von Bomben abzustimmen.

Wo bitte liegt Konrad Freibergs Übertreibung und

Realitätsferne? Eher klingen die Reaktionen auf die Pressemitteilung nach verantwortungsloser Verharmlosung.

tetz

Wir sind heute nicht viel besser gegen derartige Anschläge gewappnet als vor drei Jahren. ... Die Politik hat es nicht vermocht, die entscheidenden Konsequenzen aus dieser allgegenwärtigen Bedrohung zu ziehen.

Trotz aller Warnungen ist es in Deutschland bisher nicht gelungen, den Informationsfluss zwischen den Sicherheitsbehörden nachhaltig zu verbessern, die gewonnenen Erkenntnisse zu bündeln, zu analysieren und gemeinsam zugriffsfähig zu machen. Immer noch verfügen die Sicherheitsbehörden nicht über das notwendige rechtliche Instrumentarium, bereits weit im Vorfeld Planungen terroristischer Anschläge aufzuspüren und so Katastrophen zu verhindern. Im Gegenteil: Wichtige Mittel wie der Große Lauschangriff und die Kronzeugenregelung sind Polizei und Justiz aus den Händen genommen. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten und Polizei wird rechtlich behindert. Für die mühselige kriminalistische Kleinarbeit, für Observation und Auswertung stehen nicht genügend Ermittler zur Verfügung, da die Polizei abgebaut wird, statt sie personell zu verstärken ...

*Konrad Freiberg  
in einer Pressemitteilung  
vom 10. September*

## **HAMBURG:**

### **Gemeinsam Grenzen zeigen**

3 000 Polizistinnen und Polizisten hatten im vollbesetzten Saal 1 des Hamburger Congress Centurms Innensenator Nagel einen heißen Empfang bereitet, wo er versuchte, den Sparkurs der Hansestadt zu verteidigen: „Die Haushaltslage zwingt uns zum Sparen. Dazu muss auch die Polizei ihren Beitrag leisten“. Für die Gewerkschaften dagegen ist die Grenze des Zumutbaren bereits seit lan-

gem überschritten. Die Streichung von 151 Vollzugsstellen sowie die Kürzung des Grundgehalts um 1,4 % als Beteiligung bei der Freien Heilfürsorge zeigen aus Sicht der Gewerkschaft den wahren Stellenwert der Inneren Sicherheit in Hamburg. Sie orientiert sich nur noch an der Finanzlage der Hansestadt. Erneut wird deutlich, wie wenig Versprechen vor einer Wahl wert sind. **cl**



**Im Anschluss an die Personalversammlung zogen fast 5 000 Demonstranten, unterstützt von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern sowie der Feuerwehr zum Sitz der Hamburgischen Bürgerschaft. Bei der Abschlusskundgebung auf dem Rathausmarkt traten die Bundesvorsitzenden der GdP, der DPoIG und des BDK an das Mikrofon.**

Foto: Clasen

## **BERLIN:**

### **Immer mehr Polizisten verlassen die Hauptstadt**

Weil fertig ausgebildete Berliner Polizistinnen und Polizisten in der Hauptstadt keinen Job finden, sind mehr als die Hälfte von ihnen 2003 und 2004 abgewandert. Das geht auf Kosten der Hauptstadt-sicherheit. Für die Ausbildung eines Polizeischülers zahlt Berlin etwa 100 000 Euro. Unverständlich, dass ein Land, das finanziell am Tropf hängt, so viel Geld investiert und dann zusieht, wie andere Länder die fertig ausgebildeten Schüler abwerben.

Konkrete Zahlen:

Erstes Halbjahr 2003: Von 402

Absolventen gehen 184 in andere Bundesländer, 57 zum BGS und BKA.

Zweites Halbjahr 2003: Von 469 Absolventen gehen 195 in andere Bundesländer, 36 zum BGS und BKA.

Erstes Halbjahr 2004: Von 582 Absolventen gehen 155 nach Hamburg, vier nach Baden-Württemberg, einer nach Niedersachsen und einer nach Rheinland-Pfalz, 94 zum BGS und BKA.

**Klaus Eisenreich**



## BREMEN:

### GdP-Erfolg – Vorlage des Finanzsenators vom Tisch

In einer Tischvorlage für eine Sitzung des Senats am 7.9.04 versuchte der Bremer Finanzsenator u. a. folgende Zumutungen für Beamtinnen und Beamte im Polizei- und Verwaltungsbereich durchzusetzen:

1. Streichen von zunächst 37 Stellen im Bereich Inneres,
2. Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden ohne finanziellen Ausgleich,
3. Streichung des Weihnachtsgeldes 2005,
4. Verschiebung des Beförderungstermins vom 1. Oktober 2004 auf den 01. April 2005.

Die GdP hat in vielen Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern dazu beigetragen, dass der Finanzsenator sein unglaubliches Vorhaben aufgeben musste. Das ist nicht nur der Erfolg einzelner Personen, sondern auch aller Kolleginnen und Kollegen, die sich in diesen schweren Zeiten für eine Mitgliedschaft in der GdP entscheiden und damit die Möglichkeit schaffen, mit einer starken Gemeinschaft Druck auszuüben.

**Horst Göbel,**  
*Landesvorsitzender Bremen*

## BEFRAGUNG:

### Vertrauen zur Polizei

Auf Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sind die Vertreter jeder staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institution angewiesen. Denn mit dem Vertrauen verbindet sich auch, dass man sie für fähig hält, dass man sich auf sie verlassen kann.

Wenn also den sogar überwiegend mit Eingriffsbefugnissen ausgestatteten Polizeibeamtinnen und -beamten ein sehr hohes Vertrauen entgegen gebracht wird, dann ist das Lohn

und Lob für gute Ausbildung und bürgernahe Arbeit.

Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in Nürnberg jedenfalls kommt in ihrer neuesten Studie zu einer Anerkennung für die Polizei. Die repräsentative Umfrage in 19 europäischen Ländern und in den USA hat auf die Frage nach dem Vertrauen gegenüber deutschen Berufsgruppen folgende Ergebnisse erbracht:

In den ehemaligen Ostblockländern reicht das Vertrauen in

## NIEDERSACHSEN:

### Eigener Schutzwestenerlass unterlaufen

Rund 120 PolizeianwärterInnen, die sich darauf verlassen haben, während ihres künftig Dienstes mit einer angepassten Schutzweste ausgerüstet zu werden, gehen leer aus. Die Alternative: Sie können die in den Streifenwagen liegenden Schutzwesten benutzen. Die sind jedoch so schwer, dass sie nicht während des gesamten Dienstes getragen werden können. Damit unterläuft die CDU/FDP-Landesregierung ihren eigenen Erlass vom Februar 2004, worin sie festgeschrieben hat, Anwärter für die Laufbahn des Polizeivollzugs-

dienstes hätten ab dem zweiten Ausbildungsjahr Anspruch auf die leichten Westen.

Nach Angaben des niedersächsischen Innenministeriums stünden jedoch die Mittel zurzeit nicht zur Verfügung. Jeder Anwärter werde aber eine eigene Weste bekommen. Bis dahin müsse der vorhandene Schutz getragen werden.

GdP-Landesvorsitzender Bernhard Witthaut forderte den Innenminister dringend zum Handeln auf.

*tetz*

die Polizei nur von 28 Prozent in Russland bis 58 Prozent in Polen.

In einigen westlichen Ländern gibt es allerdings Werte, die die Deutschen noch übertreffen:

Finnland = 90 Prozent, Däne-

mark = 85 Prozent, Schweden = 85 Prozent, Schweiz = 80 Prozent, USA = 80 Prozent und Italien = 79 Prozent. Nichts also ist so gut, als dass es nicht noch besser werden kann.

*Bl.*

Berufsgruppe	Vertrauensindex i. v.H.
Ärzte	82
Polizisten	78
Lehrer	76
Soldaten	68
Kirchenvertreter	67
Juristen	62
Journalisten	36
Manager	18
Politiker	6

## SCHUSSWAFFENGEBRAUCH:

### Verantwortungsvoller Umgang

Wie der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Buß, Ende August mitteilte, haben Deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte 2003 in 5 635 Fällen (2002: 4 690) von ihrer Schusswaffe Gebrauch gemacht. Der größte Teil der Einsätze entfiel dabei mit 5 440 Fäl-

len (2002: 4 486) auf das Töten gefährlicher, kranker oder verletzter Tier.

Zum Gebrauch der Schusswaffe gegen Personen kam es in 44 Fällen (2002: 42), darunter 27 Mal in Notwehr zur Abwehr von Leibes- und Lebensgefahr (2002: 35). Bei den Einsätzen gegen Per-

sonen wurden drei Menschen getötet (2002: 6); 23 Personen, darunter zwei Unbeteiligte, wurden verletzt (2002: 28 Verletzte, keine Unbeteiligten). Zu einem unzulässigen Schusswaffengebrauch kam es in zehn Fällen (2002: 7), darunter waren sechs Schüsse gegen Sachen (2002: 3) und vier Schüsse gegen Personen (2002: 4). Außerdem wurden 99 Warnschüsse (2002: 115) abgegeben, davon 50 (2002: 48) in Not-

wehr und 44 (2002: 53) zur Verhinderung einer Flucht beim Verdacht eines Verbrechens.

Der mit 0,9 % aller Schüsse weiterhin geringe Anteil des Schusswaffeneinsatzes gegen Personen (2002: 1,0 %) verdeutlicht nach Ansicht von Buß den verantwortungsvollen und zurückhaltenden Umgang der deutschen Polizei mit der Dienstwaffe (s. auch S. 34 ).

*tetz*

# KOMMENTAR

## Wir sind die Guten!

Polizistin oder Polizist zu sein, das ist etwas ganz Besonderes. Anlässlich von Vereidigungen angehender Kolleginnen und Kollegen beschwören die Redner gern den Berufsstolz, heben die besondere



Verantwortung der Polizistinnen und Polizisten im Rechtsstaatsystem hervor und loben die guten Ergebnisse in der Ausbildung.

Das zeugt verbal von hoher Achtung.

Und eine tiefe Wahrheit verkündete der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Fritz Behrens anlässlich einer Vereidigungsrede am 5. Juli 2002: „Ein demokratischer Rechtsstaat braucht leistungsfähige Sicherheitsbehörden, die in der Lage sind, den Inneren Frieden zu gewährleisten. Ein Staat, der nicht alles in seinen Kräften stehende tut, um seinen Bürgerinnen und Bürgern ein sicheres und angstfreies Leben zu ermöglichen, verliert seine Legitimation“.

Dann kommt die Praxis: In Berlin schickt die Politik die Absolventen in Zweidrittel-Stellen oder in andere Bundesländer, weil das Land sie nicht

bezahlen kann. In Niedersachsen werden Absolventen ohne Schutzwesten ins nackte Berufsleben entlassen, weil Beschaffungsgelder fehlen. Und überall wird am Urlaubsgeld geknappst, das Weihnachtsgeld vom Gabentisch gefegt, mit Ausrüstung und Arbeitsmitteln geknauert und die Forderungen der Anvertrauten werden vom Dienstherrn ignoriert. Gleichzeitig sind Politiker aller Couleur gut darin, der Polizei immer mehr Arbeit aufzubürden, Stellen zu reduzieren, dafür die Wochen- und Lebensarbeitszeit zu verlängern und auf keine Mahnung zu hören ...

Das zeugt von wenig Achtung.

Hohes Ansehen genießt hingegen die Polizei bei der Bevölkerung. Über Jahre hinweg kommen sämtliche Forschungen und Umfragen zum Thema Vertrauen in bestimmte Berufsgruppen zum gleichen Ergebnis. Die Polizei liegt im Spitzenbereich – weit abgeschlagen folgen in den untersten Rängen die Politiker.

Hohes Ansehen genießen deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte auch international: Deutsche Spezialeinheiten und Kontingente von Hilfsaktionen sind höchst begehrt. Mit erlesener Fachkompetenz, hohem Engagement, ausgeprägter Anpassungsfähigkeit und diplomatischem Geschick üben sie beispielsweise in Afghanistan, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo ihren Dienst aus. Dabei sind die Polizeibeamtinnen und -beamten in den verschiedenen Missionsgebieten mit belastenden Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert, die mit den heimischen nicht vergleichbar sind.

Unsere Polizei hat für ihre – ob nationalen oder internatio-

nenalen Aufgaben – gute Voraussetzungen. Zum einen eine hervorragende Ausbildung. Wer als ausgebildete Polizistin oder als ausgebildeter Polizist in der Praxis agiert, ist ein rechtsstaatlicher Sicherheitsprofi.

Zum anderen haben die Kolleginnen und Kollegen eine hohe Berufsehre. Dabei finden sie weiß Gott nicht nur Idealbedingungen vor. Die Überstunden häufen sich, es fehlt an Personal, Ausrüstung und Material ...

Mancher mag es nicht mehr hören, aber für unseren Berufsstand ist es entscheidend, all die Mängel und Ungerechtigkeiten, die gegenwärtig der Polizei übergestülpt werden, ständig im Auge zu behalten. Auch, weil sich heute schon einige fragen, wie jemand unter solchen Verhältnissen noch die besonders geforderte Loyalität zu seinem Dienstherrn zeigen soll?

Für die GdP ist es momentan nicht leicht, die Politik an den Verhandlungstisch zu zwingen. Wir müssen uns auf kleine Schritte und kleine Erfolge einstellen. Um diese einzufahren, bedarf es unser aller Kraft und Ideen – damit die Polizei nicht eines Tages im Großen handlungsunfähig wird.

Machen wir uns auf eine lange unwegsame Strecke gefasst. Lassen wir dabei aber nicht zu, dass unser Berufsstand Schaden nimmt – trotz aller Widrigkeiten. Unsere Kolleginnen und Kollegen gehören zu einer Berufsgruppe mit höchstem Ansehen. Und das soll so bleiben.

**Zu: Mit 50 Millionen die Bürger beeinflussen, DP 9/04**

Für den Artikel „Mit 50 Millionen die Bürger beeinflussen“ in der September-Ausgabe möchte ich mich herzlich bedanken.

Die wahren Absichten mancher Publikationen sind ja gelegentlich mit Händen zu greifen, aber wenn man jetzt dank des Artikels die INSM (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) und andere Hintermänner der „Aktionsgemeinschaft Deutschland“ kennengelernt und erfahren hat, welche Summen für die Interessen der Wirtschaft investiert werden, wird vieles klarer. Da muss man schon genau lesen, um z. B. die ganze Breite von Begriffen wie „Eigenverantwortung“ oder „Chancen für alle“ zu erfassen. Sie klingen vordergründig eingängig und positiv, bedeuten aber in letzten Konsequenz auch „keine Hilfe“ bzw. ein Lottospiel, wo auch alle eine Chance haben, aber nur wenige was davon haben. Damit nicht gleich Verdacht erregt wird, tritt die Wirtschaftslobby natürlich maskiert auf. Mit Millionenbeträgen kann sie sich professionelle Meinungsmacher und Medienmacht leisten, „erleichtert“ Journalisten mit Vorprodukten ihre (Ab)Schreibarbeit. Können wir abwarten, wie viele drauf reinfallen? Hoffentlich weniger, wenn die Drahtzieher bekannt sind.

**Werner Brandl, per E-Mail**



Ich bin beim Lesen der Deutschen Polizei gerade auf euren Artikel zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gestoßen. Kompliment dazu, das Thema ist zwar schon einige Zeit im Schwange, bekam aber jetzt durch die Studie von Dr. Rudolf Speth neuen Schwung. Dieser Guerillataktik zur Eroberung der Köpfe muss ein Riegel vorgeschoben werden. Euer Artikel erscheint genau im richtigen Moment. Ich hoffe, dass viele,

nicht nur in der GdP, ihn lesen. Weiter so.

**Alfons Grundheber-Pilgram,  
DGB Nord - Pressesprecher**



Endlich eine zusammenfassende Hintergrundinformation, die jedem Arbeitnehmer die Augen öffnen kann. Das Interview mit dem Politikwissenschaftler Dr. Rudolf Speth zeigt auf, wer die wahren Machtinhaber in unserer Bundesrepublik sind, nämlich die Kapitaleigner und deren Manager. Nicht Politikverdrossenheit, sondern Wirtschaftsverdrossenheit ist angesagt.

**Dieter Block, per E-Mail**

## **Zu: Der Polizei-Part an Schulen, DP 7/04**

Mit Interesse habe ich den Kommentar zum Polizei-Part an Schulen gelesen. Die von Konrad Freiberg ausgedrückte Betroffenheit über die immer noch zunehmende Gewalt (an Schulen) und das fehlende Rechtsempfinden vieler Kinder beschäftigt auch mich schon seit geraumer Zeit.

In etlichen Fällen habe ich feststellen müssen, dass viele Kinder ihr Handeln nicht überdenken. Benehmen, Rücksicht, vor allem aber Rechtsbewusstsein sind meines Erachtens deutlich unterentwickelt. Präventionsprogramme sind sicherlich ein geeigneter Weg, Kindern zu helfen. Ich bin der Ansicht, dass es Zeit dafür ist, in den Köpfen der Kinder aufzuräumen – von Anfang an. Eltern und Lehrer sollten dabei unterstützt werden, sind aber sicherlich oft nicht nur mit der Situation überfordert, sondern auch nicht in der Lage, die nötigen Erklärungen zu liefern.

Ein Wertewandel muss her! Wir wollen ihn unterstützen. In einer privaten Initiative habe ich zusammen mit meinen Kollegen Michael Rehmet ein Rechtskinderhandbuch entwickelt, das an Kinder gerichtet ist und Antworten auf viele Fragen sowohl für Kinder als auch für Eltern

und Lehrer bietet. Unser Buch wird im Herbst 2004 vom Wagner-Verlag Gelnhausen veröffentlicht. Es soll unser Beitrag für den Wertewandel in unserer Gesellschaft sein.

**Detlef Lange, Hamburg**

## **Zu: Was heißt hier „alt“?!, DP 8/04**

Eine Gewerkschaft, in der der Anteil der älteren Mitglieder ständig steigt, bringt auch ganz andere Aufgabenstellungen für die Verantwortlichen innerhalb der Gewerkschaft der Polizei. Von daher gebührt dem Vorstand der Seniorengruppe ein herzliches Dankeschön für die Entwicklung eines „Aktivprogramm Senioren“. Damit liefert die GdP den Beweis, dass wir – die Alten – noch dazu gehören und nach meist über 50 Jahren Mitgliedschaft von unserer Gewerkschaft der Polizei nicht im Stich gelassen werden.

Lobenswert ist auch, dass gerade der junge Wissenschaftler Dr. Thomas Blatt in seinem Artikel „Was heißt hier „alt“?!“ uns Mut macht, nicht in Resignation zu verfallen, sondern uns am gewerkschaftlichen Leben aktiv zu beteiligen.

Die Entwicklung unserer GdP hängt auch zu einem Großteil davon ab, ob wirkungsvolle Möglichkeiten und Modelle für Mitglieder jenseits der 60 gefunden werden. Der Seniorengruppe und insbesondere dem Vorsitzenden Heinz Blatt gebührt Lob dafür, dass sie den Mut haben, Partei für uns ältere Mitglieder zu ergreifen. Macht weiter so!

**Walter Heß, Betzdorf**

## **In eigener Sache: Der Weg zum nikotin-freien Bürger**

Nicht vergessen: Im nächsten Heft beginnt unsere Raucher-Entwöhnungskur – unterstützt vom Deutschen Krebsforschungszentrum. Wir bieten allen, die dem Laster abschwören wollen, die Chance, es mit Gleichgesinnten anzugehen.

**Die Redaktion**

## **Zu: Aufgaben der Polizei – kein Markt für private Sicherheitsdienste, DP 8/04**

Schlimm, wie die Politik der Argumentation der Sicherheitsunternehmen gleichsam auf den Leim geht, indem sie glaubt, weitere Bereiche der Inneren Sicherheit im Sinne des „neuen Zeitgeistes“ zu privatisieren und dabei den demokratischen Rechtsstaat aus den Augen verliert, nur um zu sparen, zu sparen, zu sparen!

Kollege Dicke hat völlig Recht, dass es schon bedenklich ist, wie die wissenschaftliche und politische Diskussion den Grundrechtsschutz des eigentlichen Auftraggebers (Bürger) geringer achtet als wirtschaftliche Zwänge.

**Peter Hafke, per E-Mail**

## **Richtigstellung**

Im Artikel „Deutschland bleibt Gegner des Djihad-Terrorismus“, DP 9/04 muss es statt Head-Team (erster Absatz nach der ersten Frage im letzten Satz) richtig HIT-Team (Todeskommando) heißen. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

**Die Redaktion**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

## **Kontakt zur Redaktion:**

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-114  
Fax: 030/39 99 21-190  
E-Mail:  
gdp-redaktion@gdp-online.de**

## **AKTUELL**

# **Polizisten helfen Litauen**

Seit der „Wende“ gibt es Kontakte einer Schule im Eichsfeldkreis (Deuna) zu einer Schule in einem kleinen Ort in Litauen bei Akmene, die durch Firmen aus Deuna und Umgebung organisiert und über Spenden finanziert wurden. Nachdem der bisherige Organisator seine Mitarbeit eingestellt hatte, wurde der Spendentransport 2003 privat organisiert – mit Unterstützung des Hauptpersonalrats der Thüringer Polizei und des Vereins „Kinder in Litauen e.V.“. Polizeibeamte und Angestellte aus ganz Thüringen hatten dazu Bekleidung, Spielsachen und Schulbedarf gespendet.

Vom 9. bis 13. Oktober 2004 wollen wir erneut solch eine Fahrt durchführen. Dafür sammeln wir alles, was man für ein einfaches Leben braucht, insbesondere alles für die Schule: Stifte, Schreibblöcke, Hefte, Lineale, Zirkel, Malfarben, Schultaschen. Aber auch Bekleidung und kleine Sachen für den Haushalt – wie Körperpflegemittel, Küchengeräte ... man kann nicht alles aufzählen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wären euch sehr verbunden, wenn Ihr unsere Fahrt in diesem Jahr unterstützen könntet, sei es durch Geld- oder Sachspenden oder durch Vermittlung von Kontakten zu Spendern. Sachspenden können auf jeder Thüringer Polizeidienststelle abgegeben werden.

**Armin Vogel**

**Kontakt:**

Armin Vogel, Polizeidirektion Erfurt, StB 1 (EZ), Andreasstraße 38, 99084 Erfurt  
Tel: 0171-8553556 oder 0361-662-2220

**E-Mail:**

Arminvogel@freenet.de oder A.Vogel@PDEF.polizei.thueringen.de

Geldspenden: Förderverein Kinder in Litauen e. V., BLZ: 820 700 00, Konto: 1315522, Deutsche Bank Erfurt  
Kennwort (Zahlungsgrund): „Kiviley“  
Adresse für anerkannte Spendenquittung nicht vergessen.



# Hauptsache sparen – koste es, was es wolle

Eine Aufstellung, Warnung und Mahnung von Bernhard Witthaut, Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen

*In den zurückliegenden Jahren war das Land Niedersachsen im Bereich der Polizei und damit in der Inneren Sicherheit beinahe immer das Aushängeschild der jeweiligen Landesregierungen. Es war zwar nicht alles Gold was glänzte, aber insgesamt haben viele neidisch zu uns geschaut: zweigeteilte Laufbahn, 500 neue Stellen und 500 Hebungen nach A 11, Verhinderung der Ausgliederung der Polizeiverwaltung im Jahre 2001. 1 000 neue Stellen für die Legislaturperiode 2003 bis 2008. Doch nach der jüngsten Landtagswahl weht ein anderer Wind durchs Land: Die Beschäftigten der Polizei und die Innere Sicherheit werden zuneh-*



*Wir da unten, ihr da oben?*



*GdP, DPoIG und BdK bereiteten den Teilnehmern des CDU-Sommerfestes 2004 in Hannover einen besonderen Empfang: Schweigsam demonstrierten die Kolleginnen und Kollegen unter dem Motto: „Wir sind sprachlos“ gegen die Sparpolitik.*

*mend zur finanziellen Manövriermasse der Niedersächsischen Landesregierung. Das Beispiel Niedersachsen scheint allerdings in der gesamten Bundesrepublik um sich zu greifen. Parallelen zu anderen Ländern sind daher nicht zufällig.*

Im Wahlkampf hatten die heutigen Koalitionspartner CDU und FDP der Inneren Sicherheit eine sehr hohe Priorität eingeräumt. Deshalb haben sie nach ihrem Erfolg sofort Maßnahmen ergriffen, die auch nach außen hin dokumentieren sollten, dass diese Schwerpunktaufgabe mit der notwendigen gesetzgeberischen Au-

torität hinterlegt wurde. Die Änderung des Nds. Gefahrenabwehrgesetzes in ein Gesetz über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOG) 2003 ist dafür ein Beispiel. Schwerpunkte des neuen SOG waren die Übernahme des Ordnungsbegriffs, eine Erweiterung der Telekommunikationsüberwachung, die Erhöhung des Unterbringungsgewahrsams auf zehn Tage und die gesetzliche Regelung des finalen Rettungsschusses.

Abgesehen davon, dass wir die Regelung des finalen Rettungsschusses begrüßt haben, muss festgestellt werden, dass insbesondere die Erhöhung des Unterbringungsgewahrsams auf zehn Tage im polizeilichen Alltag

auch anderer Bundesländer, die eine ähnliche Regelung haben, keine Auswirkungen hat.

Es bleibt bei der Feststellung, dass die Landesregierung nur Dinge gesetzlich geregelt hat, die nichts kosten.

### **Erhöhung der Polizeipräsenz**

Bereits am 24.4.2003 teilte der neue Innenminister des Landes Niedersachsen Uwe Schünemann mit, dass zur Besetzung freier Stellen im Polizeivollzugsbereich bis zu 150 ausgebildete Beamtinnen und Beamte aus anderen Bundesländern von Niedersachsen übernommen werden. Darüber hinaus waren



die Länder Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen bereit, in gewissem Umfang ausgebildete Polizisten ohne Gegenleistung (Tauschversetzung) abzugeben. Bereits zu diesem Zeitpunkt lagen aus Berlin 133, aus Hamburg 11, aus NRW 15, insgesamt 159 Bewerbungen mit der erteilten Freigabe des abgebenden Bundeslandes vor. Aus diesen Bewerbungen wurden 130 Kolleginnen und Kollegen übernommen.

Des Weiteren plante die Landesregierung, in den nächsten vier Jahren die Einstellungszahlen im Polizeivollzugsdienst um insgesamt 1 000 zu erhöhen. In einem ersten Schritt wurden zum 1.10.2003 zusätzlich 250 Anwärterinnen und Anwärter in die Polizei des Landes Niedersachsen eingestellt.

### Haushalte mit Wortbruch

Die neue Landesregierung war angetreten, in einem überschaubaren Zeitraum die Verschuldung des Landes Niedersachsen jährlich um 350 Mio. Euro zu reduzieren. Christian Wulff als Ministerpräsident und Hartmut Möllring als Finanzminister erklärten nach einer Klausursitzung des Kabinetts, dass: „Ein erster Schritt zur Gesundung des Landeshaushalts getan ist. Die Nettokreditermächtigung von 2,5 Mrd. Euro im Haushalt 2004 wird nicht überschritten und wird damit gegenüber dem Vorjahr um 345 Mio. Euro zurückgeführt. Damit ist der versprochene Kurswechsel in der Finanzpolitik vollzogen.“ Das klingt nach Erfolg. Und weiter

erklärte Wulff: „Wir werden es mit der größten Kraftanstrengung seit der Nachkriegszeit schaffen, sowohl die Pensionen der heutigen Beamten im Alter zu sichern



**Großdemo 20.11.2003: 5 500 Kolleginnen und Kollegen machten dicht gedrängt ihrem Ärger Luft: Im Husarenritt sollen die Beschäftigten zur Ader gelassen werden. Öffnungsklausel und Tarifikündigung als Brechstangen. Die Wertschätzung für die Arbeit der Polizei bleibt auf der Strecke.**

als auch die Leistungsfähigkeit des Landes und des Öffentlichen Dienstes zu erhalten.“ Auch dieser Aussage möchte man fast applaudieren. Aber nur, wenn man die Hintergründe nicht kennt. Denn um diese im Kern positive Aussage überhaupt verkaufen zu können, senkte die Landesregierung im gleichen Zug die Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) für 2003, indem sie den Bemessungssatz von bisher 84,29 % auf 65 % reduzierte. Dadurch entstand eine Minderung der Personalkosten des Landes im laufenden Haushaltsjahr um rd. 109 Mio.

Euro. Zuvor hatte diese Landesregierung den so genannten Öffnungsklauseln für den Bund und die Länder gem. § 67 BBesG bzw. § 50 BeaVersG im Bundes-

rat zugestimmt. Dies, obwohl sie im Vorfeld der Landtagswahl schriftlich auch uns als GdP gegenüber geäußert hatte, dass sie einer Konsolidierung des Haushaltes auf Kosten der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes nicht zustimmen würde.

Das war ein ganz klarer Wortbruch des Ministerpräsidenten!

Der Haushalt 2004 sah schließlich im Endergebnis folgende Kürzungen auch für den Polizeibereich vor:

- Streichung des Urlaubsgeldes,

- weitere Kürzung des Weihnachtsgeldes auf 50 %,
- Wegfall des Bekleidungszuschusses für Polizeibeamte im Kriminaldienst.

In der Begründung des Haushaltsgesetzes zur Änderung des NBG konnten wir nachlesen,

- dass der Bekleidungszuschuss in Form einer monatlich gezahlten pauschalierten Aufwandsentschädigung für Polizeivollzugsbeamte im Kriminaldienst entfallen soll, weil den Besonderheiten des polizeilichen Dienstes und dem damit verbundenen Aufwand bereits durch die Polizeizulage ausreichend Rechnung getragen wird,

- dass durch Reduzierung im Bereich des Personalmanagements und Leasing von Polizeifahrzeugen weitere erhebliche Beiträge eingespart werden sollten.

Trotz erheblicher Proteste und einer GdP-Demonstration mit



**Der niedersächsische Finanzminister „macht Kasse“: Hartmut Möllring verteidigte vor den Demonstranten beinah die Sparpolitik auf dem Rücken der Beschäftigten.**



ca. 5 500 Polizeibeschäftigten hat diese Landesregierung das Gesetz zur Änderung der Besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften beschlossen. Danach wurden ab Januar 2004 die einmaligen Sonderzahlungen gleichmäßig auf die Monatsbezüge verteilt. Demnach erhalten Beamtinnen und Beamte neben den monatlichen Dienst- oder Anwärterbezügen eine Sonderzahlung in Höhe von 4,17 v. H. Das Gleiche gilt für Versorgungsempfängerinnen und



## BRANDHERD NIEDERSACHSEN: DER FLÄCHENBRAND GREIFT ÜBER

-empfänger für ihre monatlichen Versorgungsbezüge. Beamte mit Kindern, für die ein Familienzuschlag gewährt wird, erhalten eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 25,56 Euro pro Kind. In den Besoldungsgruppen A 2 - A 8 erhalten die Beschäftigten im Monat Juli anstelle des bisherigen Urlaubsgeldes 120 Euro.

Das Land Niedersachsen machte mit diesem Gesetz von der selbständigen Gestaltungsbefugnis Gebrauch, die es mit der Öffnungsklausel vorbereitet hatte. Damit konnte und kann das Land jederzeit und in einem

verfassungsrechtlich weitgesteckten Rahmen die Beamten und Versorgungsempfänger zur Konsolidierung der Haushalte heranziehen.

Mit der Einbringung des Haushaltes 2004 und den o. g. Sparmaßnahmen ergab sich eine Entlastung des Landeshaushaltes um rd. 210 Mio. Euro bei den Personalausgaben. Damit wurden allein in den Jahren 2003 und 2004 mehr als 320 Mio. Euro den Beschäftigten und damit auch dem Wirtschaftskreislauf in Niedersachsen entzogen.

Mittlerweile befinden wir uns

in der Haushaltsaufstellung 2005. Am 29. und 30.6.2004 tagte – wieder einmal in Klausur – das Niedersächsische Landeskabinett. Über die Ergebnisse wurden die Medien im Rahmen einer Pressekonzferenz am 30.6.2004 informiert. Erst am 12.7.2004 informierte der Innenminister die Vorsitzenden der in der Polizei vertretenen Gewerkschaften/Verband über die entsprechenden Sparmaßnahmen:

1. komplette Streichung des Weihnachtsgeldes,
2. Streichung des sog. Beamtenprivilegs in der Beihilfe,

3. Erhöhung des Eigenanteils der freien Heilfürsorge von 1,3 auf 1,6 v. H.,

4. Reduzierung des Personalhaushaltes in der Größenordnung von 2 Mio. durch Neueinstellung von 125 Anwärterinnen und Anwärtern zum 1.10.2004.

**Regierungswechsel:  
Absprachen und Verträge  
werden null und nichtig**

Ebenso wurden im Tarif-

### Belastungen der Beschäftigten der Polizei in Niedersachsen

#### Wesentliche Kürzungen und Einsparungen 1992 - 2004

##### BEAMTENRECHT

40-Stunden-Woche in Niedersachsen	1996
Wegfall eines freien Tages im Kalenderjahr	1997
Eigenanteil zur freien Heilfürsorge (1,3 %)	1999
Wegfall der freien Heilfürsorge für Neueinstellungen	1999
Kürzungen der Beihilfe (Wegfall Zweibettzimmer und Chefarztbehandlung)	2002
Wegfall des Bekleidungszuschusses und des Bewegungsgeldes durch Änderung § 224 NBG	2004

##### BESOLDUNGSRECHT

5-malige Abkoppelung der Besoldungsanpassung (zwischen 2 und 9 Monate)	seit 1997
Streichung der Staatsschutzzulage	1993
Einfrieren des Weihnachtsgeldes auf den Stand 93	1993
Streichung d. Jubiläumszulage ab der BesG A 11	1994
Änderung der Dienstaltersstufen in Leistungsstufen	1997
Entdynamisierung der Polizeizulage	1998
Einführung einer Versorgungsrücklage (0,2%)	1998
Wegfall der Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeizulage mit Übergangsregelungen	1998
Nichtanwendung der Leistungsstufen für alle Landesbeamten,	
Einsparungen ca. 33 Mio. Euro	2001
Einsparungen ca. 40 Mio. Euro	2003
Kürzung des Weihnachtsgeldes auf 65 %	2003
Kürzung des Weihnachtsgeldes auf 50%	2004
Streichung des Urlaubsgeldes ab der BesG A 9	2004
Geplante komplette Streichung d. Weihnachtsgeldes	2005

##### VERSORGUNGSRECHT

Verlängerung der ruhegehaltstauglichen Dienstzeit von 35 auf 40 Jahre zur Erreichung von 75% Versorgungsbezüge	1992
--	------

Umstellung der Ruhegehaltsskala auf 1,875 v. H.	1992
Wegfall des Erhöhungsbetrages von 17,30 DM	1997
Streichung des Anpassungszuschlages bis zu 4,5 % des Ruhegehalts	1997
Versorgungsabschlag von jährlich 3,6 % bei vorzeitiger Zuruhesetzung wg. Dienstunfähigkeit (max.10,8%)	1998
Erhöhung der Wartefrist für die Versorgung aus dem letzten Beförderungsjahr von 2 auf 3 Jahre	1998
Senkung der Witwenversorgung auf 55 % für nach 2001 geschlossene Ehen	2001/2003
Umstellung der Ruhegehaltsskala auf 1,7953 v. H.	2002
Kürzung der Versorgung auf 71,75 % durch acht Anpassungsschritte	2003

##### TARIFRECHT

Einfrieren der Zuwendung von 100 % auf bis 2003 rd. 81 %	1994
Verschlechterung der Sonderurlaubs-Regelung um 1 bis 2 Tage	1996
Wegfall eines freien Tages im Kalenderjahr gem. § 15a BAT	1997
Einführung einer Eigenbeteiligung bei der VBL i. H. v. 1,25 %	1998
Absenkung des Rentenniveaus von 70 auf 67 %	2000
Erhöhung der Eigenbeteiligung auf bei der VBL 1,41%	2002
Wegfall des zweiten freien Tages	2003
Erhöhung des Beitragssatzes in der RV auf 19,5 %	2003
Keine Verlängerung der befristeten Arbeitsverträge für Angestellte und Arbeiter	2004

##### HAUSHALTSRECHT

Wiederholt Beförderungs- und Wiederbesetzungssperren	
Einsparungen im Sachhaushalt nach dem Rasenmäherprinzip	

bereich erhebliche Veränderungen angekündigt und inzwischen umgesetzt. Der Finanzminister des Landes Niedersachsen

Maßnahmen im Rahmen der Staatsmodernisierung für die Gewährung von Trennungsgeld und die Umzugskostenvergütung



**„Ein sicherer Arbeitsplatz“: Dannenberg, 27. März 2001: etwa 5 000 Kernkraftgegner beim Verladebahnhof erwarten den Zug mit den CASTOR-Behältern. Bei der Auseinandersetzung zwischen etwa 800 gewaltbereiten „Autonomen“ und der Polizei wird ein Polizist schwer verletzt. Als Rettungskräfte den Verletzten abtransportieren, wird ihm hinterher gebrüllt: „Verreck doch, du Schwein!“ und „Hoffentlich stirbt die Saul!“.**  
Foto: spot-photo journalistenbüro

Möllring ist zurzeit Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Auch hier hat er in der Doppelfunktion bereits entscheidende Zeichen gesetzt:

Die Tarifverträge für die Arbeitszeit, das Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurden gekündigt. Das bedeutet, dass für die Tarifbeschäftigten ohne Tarifbindung bereits die wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden gilt. Wie die Umsetzung für diesen Personenkreis beim Weihnachtsgeld in 2005 erfolgen wird, bleibt abzuwarten. Darüber hinaus hat der Innenminister des Landes Niedersachsen, der für den Bereich Staatsmodernisierung zuständig ist, am 17.8.2003 in einem Brief an den zuständigen DGB-Landesbezirk mitgeteilt, dass die Vereinbarung gem. § 81 NPersVG über die Gestaltung der Staatsmodernisierung mit Ablauf des 31.12.2004 gekündigt werde. Darin war mit der vorherigen Regierung vereinbart worden, dass bei personellen

Regelungen über das gesetzliche Niveau hinaus möglich waren.

Die Landesregierung erklärte durch den Innenminister, dass sie auch im Rahmen der Rationalisierung Schutzverträge betriebsbedingter Kürzungen als Ultima Ratio nicht mehr ausschließen. Außerdem will der Finanzminister, natürlich mit Rückenbedeckung des Kabinetts, Zeitarbeitsverträge nicht verlängern. Allein im Bereich der Polizei werden mehrere hundert Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine weitere Beschäftigung mehr erhalten.

Damit zeigt die Landesregierung, besonders Herr Möllring, sein wahres Gesicht. Diese Haushaltspolitik vernichtet nicht nur Arbeitsplätze, sondern zerstört von heute auf morgen menschliche Existenzen.

Diese Entscheidung wird nach Überzeugung der GdP auch die Leistungsfähigkeit und Auf-

gabenerfüllung der Polizei beeinträchtigen, da es sich bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen überwiegend um qualifiziertes und von der Polizei ausgebildetes Personal handelt, das erst nach einer längeren Einarbeitungszeit von anderen Beschäftigten ersetzt werden könnte. In der Praxis wird dies bedeuten, dass wiederum Polizeivollzugsbeamte diese Aufgaben übernehmen müssen.

Die zwei Gesichter dieser Landesregierung zeigen sich deutlich an folgendem Beispiel:

Am 7.6.2004 besuchte MP Wulff die von der Kündigung und Werksschließung bedrohten Arbeitnehmer der deutschen Niederlassung der Firma Otis in Stadthagen und versicherte ihnen die Unterstützung der Landesregierung. Im eigenen Land und in eigener Zuständigkeit wurde im gleichen Atemzug eskalierend das AUS für mehrere hundert Arbeitsplätze allein in der Polizei verfügt.

## Zweigeteilte Laufbahn

Das Land Niedersachsen hat sich seit 1992 für den Weg der zweigeteilten Laufbahn entschieden. Mit der Unterstützung aller im Parlament vertretenen Parteien wurde vereinbart, die zweigeteilte Laufbahn einzuführen und bis zum Jahre 2005 zu vollenden. Jahr für Jahr wurden entsprechende Umwandlungen in den Haushalten vorgenommen, so dass für den Haushalt 2005 nur noch 443 Stellen des mittleren Dienstes hätten umgewandelt werden müssen. Damit wären zumindest planstellentechnisch alle Stellen dem gehobenen Dienst zugeordnet gewesen. Zurzeit sind noch ca. 1 800 Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen im mittleren Dienst. In einer noch mit der SPD geführten Landesregierung vereinbarten Überleitungsregelung, die bis zu diesem Zeitpunkt auch die CDU und FDP zumindest im Wahlkampf mit unterstützte, hät-



**Rote Karte: GdP-Demonstranten und stellv. GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff (re.) diskutieren am 19.8.2003 vor dem Nds. Landtag mit Hans-Christian Biallas (Mi.), dem innenpolitischen Sprecher und David McAllister (li.), dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion.**

Kommentar der GdP dazu: Wer wie die miesesten Arbeitgeber handelt, hat das Recht verliert, verlorenen Arbeitsplätzen in der so genannten freien Wirtschaft medienwirksam nachzuweinen. Er hat seine Glaubwürdigkeit verloren!

ten alle Kolleginnen und Kollegen in den gehobenen Dienst übergeleitet werden können. Sie hätten dann die entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen im Laufe der Zeit nachholen müssen. Mit dem Beschluss, diese 443 Stellen nicht umzuwandeln, ist



die zweigeteilte Laufbahn nicht – wie bisher immer zugesagt – bis zum 31.12.2005 beendet. Auch dies ist für uns ein eklatanter Verstoß gegen die Glaubwürdigkeit der Landesregierung und ihres Ministerpräsidenten. Außerdem hat der Innenminister eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis Ende September Vorschläge erarbeiten soll, wie sich in Zukunft Aus- und Fortbildung der niedersächsischen Polizei bündeln lassen. Bereits in dem Gespräch am 12.7.2004 haben wir erfahren, dass sich die Regierung und der Innenminister von der zweigeteilten Laufbahn insgesamt verabschieden wollen.

**Einseitig:  
Immer wieder  
Großeinsätze neben  
dem täglichen  
Dienst für immer  
weniger Leistung  
des „Dienstherrn“.  
CASTOR-Einsatz-  
kräfte sichern die  
Gleise im Landkreis  
Lüchow-Dannenberg  
vor Blockaden  
(November 2003).**

**Fotos:  
Uwe Robra (3), Ralf  
Munstermann (5)**



### **Umorganisation der Polizei**

Unmittelbar nach der Regierungsübernahme setzte der Innenminister eine Arbeitsgruppe zur Umorganisation der

Polizei ein. Sie sollte einen entsprechenden Vorschlag unter den Aspekten Verstärkung der Kriminalitätsbekämpfung und Verstärkung der Präsenz in der Fläche erarbeiten. Parallel dazu

wurde verkündet, dass die Auflösung der Bezirksregierungen zum 31.12.2004 beschlossene Sache sei. Damit wird in der Nds. Landesverwaltung ein zweistufiger Verwaltungsaufbau um-

gesetzt. Gleichzeitig soll ein eigenständiges, im Innenministerium eingebundenes Landespolizeipräsidium (LPP) mit sieben nachgeordneten Polizeidirektionen (PD) in Zukunft po-

## BRANDHERD NIEDERSACHSEN: DER FLÄCHENBRAND GREIFT ÜBER



**„X-tausendmal Quer“ hieß es bei den CASTOR-Gegnern immer wieder – und die Polizei musste in den Einsatz. „Jetzt stellen WIR uns quer“ lautete das GdP-Motto anlässlich des endlosen Kassemachens bei Polizeibeschäftigten durch die Landesregierung. GdP-Landesvorsitzender Bernhard Witthaut im NDR-Interview beim CASTOR 2002.**

lizeiliche Arbeit organisieren, gestalten und erledigen. Das Land Niedersachsen gliedert sich demnächst polizeilich gesehen in

die PD Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück. An der jeweiligen Behördenspitze

steht ein Polizeipräsident als politischer Beamter. Darüber hinaus wird in Hannover eine zentrale Polizeidirektion eingerichtet, in der im Prinzip alle landesweit zuständigen Organisationseinheiten untergebracht sind, z. B. Polizeihubschrauberstaffel, Bereitschaftspolizei, Medizinischer Dienst, Wasserschutzpolizei usw. Die Aufsicht über die Polizeibehörden soll in Zukunft dem LPP obliegen.

In dieser Umorganisation ist ein Zentralisierungsprozess erkennbar, der dem Vorhaben Präsenz in der Fläche zu stärken, offensichtlich entgegen spricht.

Aus der Begründung: „Die Neuorganisation der Polizei soll die Funktionalität und Eigenständigkeit der Polizei stärken, soll einheitlich Rahmenstrukturen schaffen, damit eine effektive und effiziente Aufgabenwahrnehmung gesichert wird, soll die Präsenz der Polizei in der

Fläche und die Bürgernähe stärken, die Tatortaufnahme und Sachbearbeitung zur Kriminalitätsbekämpfung optimieren, indem besondere fachliche Aufgaben, die spezielle Kenntnisse erfordern, zentralisiert werden und Führungsstäbe soweit wie möglich mit der Zielrichtung zu verschlanken und den operativen Bereich zu stärken“.

Das liest sich gut, aber in der derzeitigen Phase der Umorganisation lässt sich bereits erkennen, dass Theorie und Praxis auseinanderklaffen werden.

### **Maßnahmen der GdP, LB Niedersachsen**

Bei den ersten Sparmaßnahmen im Jahre 2003 haben wir massiv gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes Protest erhoben. Gleichzeitig haben wir gefordert, dass eine soziale Kompo-



## BRANDHERD NIEDERSACHSEN: DER FLÄCHENBRAND GREIFT ÜBER

nente eingeführt wird. Diese sollte dem Polizeiobermeister prozentual mehr Weihnachtsgeld zugestehen als z. B. dem Direktor der Landesbereitschaftspolizei. Eine entsprechend der Besoldungsgruppe soziale Abstimmung hätte sicherlich genau die gleichen Einspareffekte erbracht, wäre aber eine gerechtere Lösung gewesen.

Im November 2003 im Rahmen der Landtagsitzung, in der die zweite und dritte Lesung des Haushaltsgesetzentwurfs stattfand, haben wir mit 5 500 Kolleginnen und Kollegen eindrucksvoll vor dem Nds. Landtag demonstriert. Hier haben führende Politiker der CDU und FDP zynischerweise noch formuliert, dass der Beamte durch die jährlich anstehenden Besoldungsanpassungen einen Teil der Kürzungen kompensiert, da die Sonderzuwendung mit den monatlichen Bezügen ausgezahlt werde.

Wie 2003 hat auch 2004 diese Landesregierung jeweils nach dem gleichen Prinzip die Beschäftigten und damit die Betroffenen informiert. Kabinettsbeschluss, Pressekonferenz und Abtauchen in den Urlaub. 10 bis 14 Tage später Information der betroffenen Berufsvertretungen durch den Innenminister.

Anfang 2004 hatten wir in einem mehrstündigen Gespräch dem Ministerpräsidenten u. a. vorgeschlagen, eine zeitliche Begrenzung in den Gesetzentwurf aufzunehmen, um bei Verbesserung der Haushaltssituation im Rahmen von Verhandlungen erneut eine Sonderzuwendung aushandeln zu können. Auch in diesem Gespräch haben wir die Ausgestaltung einer sozialen Komponente gefordert.

Allein anhand der geschilderten Maßnahmen der Landesregierung kann man erkennen, dass sie sich entschlossen hat, zur Konsolidierung des Haushalts ihren Beschäftigten die Einkommen zu kürzen. Wir haben während der letzten zehn Jahre als Beschäftigte der Polizei in Niedersachsen und als Beamte

seit 1994 bis zum Jahre 2004 nicht unerheblich finanziell geblutet.

Bei alledem, was diese niedersächsische Landesregierung derzeit treibt, lässt sich eines deutlich erkennen: Verlass und Verlässlichkeit sind nach außen hin benutzte Worte, auf die wir als Polizei nicht mehr bauen können.

Die Stimmungsskala in den Dienststellen reicht von wütend über betroffen bis hin zur absoluten Resignation. Hinzu kommt die Ungewissheit, wo der eigene Arbeitsplatz und der eigene Dienstposten demnächst in der Polizei zu finden ist.

Diese Attacken der Landesregierung, die immer wieder behauptet, mit Gewerkschaften und Personalräten zusammenarbeiten zu wollen, sehen wir als Frontalangriff auf uns an. Im Jahre 2004 haben die Gewerkschaften in der Polizei ihre Aktivitäten und Ressourcen konzentriert und gebündelt eingesetzt. Wir sind davon überzeugt, dass es uns nur gemeinsam gelingen kann, diese unsoziale Politik nach dem Rasenmäherprinzip zu verhindern.

Ein weiteres Mal hat diese Landesregierung, vertreten durch den Finanzminister, nach unseren Protesten ihr wahres Gesicht gezeigt. Die in Hannover erscheinende „Neue Presse“ zitiert in ihrer Berichterstattung über unsere Demonstration am 6.8.2004 den Niedersächsischen Finanzminister wie folgt: „So etwas muss eine Gewerkschaft hin und wieder machen, so wie Schützenvereine jedes Jahr Schützenfeste feiern müssen“.

Womit er seine Gesinnung ziemlich deutlich charakterisiert.

Fazit dessen, was sich in Niedersachsen und bundesweit als politische Gestaltung abspielt, verdient einen Kommentar:

Die Politik ist der Brandstifter! Der Brandherd liegt zurzeit in Niedersachsen! Und er wird auf andere Länder übergreifen.

**Bernhard Witthaut**





## BRANDHERD NIEDERSACHSEN: DER FLÄCHENBRAND GREIFT ÜBER

### Stellenabbau und Einkommensverluste infolge der Arbeitszeitverlängerungen im Öffentlichen Dienst

	Arbeitszeit neu	Arbeitszeit alt	Differenz in Stunden	Arbeitsplatz- verlust	Anteil Arbeitsplatz-/ Einkommensverlust <sup>7)</sup>
<b>Bund <sup>1)</sup></b>	40	38,5	1,5	<b>4 864</b>	3,9
<b>Baden- Württemberg <sup>2) 3)</sup></b>	41	38,5	2,5	<b>12 218</b>	6,5
<b>Bayern <sup>4)</sup></b>	42	40	2	<b>10 226</b>	5
<b>Berlin</b>	40	38,5	1,5	<b>3 109</b>	3,9
<b>Brandenburg</b>	40	40	0	<b>0</b>	0
<b>Bremen</b>	40	40	0	<b>0</b>	0
<b>Hamburg</b>	40	38,5	1,5	<b>1 527</b>	3,9
<b>Hessen <sup>5)</sup></b>	42	38,5	3,5	<b>8 775</b>	9,1
<b>Mecklenburg- Vorpommern</b>	40	40	0	<b>0</b>	0
<b>Niedersachsen</b>	40	38,5	1,5	<b>5 035</b>	3,9
<b>Nordrhein- Westfalen <sup>6)</sup></b>	41	38,5	2,5	<b>19 270</b>	6,5
<b>Rheinland-Pfalz</b>	40	38,5	1,5	<b>2 583</b>	3,9
<b>Saarland</b>	40	38,5	1,5	<b>676</b>	3,9
<b>Sachsen</b>	40	40	0	<b>0</b>	0
<b>Sachsen-Anhalt</b>	40	40	0	<b>0</b>	0
<b>Schleswig- Holstein</b>	40	38,5	1,5	<b>1 742</b>	3,9
<b>Thüringen</b>	40	40	0	<b>0</b>	0
<b>Gesamt</b>				<b>70 026</b>	<b>4,9</b>

**Quelle:** Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6 und DGB-Berechnungen.

1) Ohne mittelbaren Öffentlichen Dienst

2) Länder einschl. Kommunen ohne mittelbaren Öffentlichen Dienst. Durch die Arbeitszeiterhöhungen können im mittelbaren Dienst des Bundes und der Länder zusätzlich zwischen 2 000 und 3 500 Stellen wegfallen.

3) Durch abweichende Berechnung der Lehrerarbeitszeit (Pflichtstunden statt Wochenarbeitszeit) und deren unterschiedliche Höhe in den Ländern können sich Ungenauigkeiten ergeben.

4) In Bayern wird die regelmäßige durchschnittliche Wochenarbeitszeit für die rund 200 000 Beamten des Freistaates ab dem 1. September 2004

auf 42 Stunden erhöht. Wie in Hessen soll die Arbeitszeit nach Lebensalter gestaffelt werden: Für Beschäftigte, die älter als 60 Jahre sind, soll sie unverändert 40 Stunden betragen, für die 50- bis 59-jährigen 41 Stunden und für die Beschäftigten bis 50 Jahre 42 Stunden.

5) Die Arbeitszeit ist seit dem 1. Januar 2004 für die rund 100 000 hessischen Landesbeamten gestaffelt nach Alter erhöht worden: 42 Stunden für die unter 50-jährigen, 41 Stunden für die 50- bis 59-jährigen und 40 Stunden für die Beschäftigten, die älter als 60 Jahre sind.

6) In NRW beträgt die regelmäßige durchschnittliche Wochenarbeitszeit seit Anfang 2004 mit Vollendung des 60. Lebensjahres oder bei einem Grad der Schwerbehinderung von mindestens 80 % 39 Stunden, mit Vollendung des 55. Lebensjahres

40 Stunden und im Übrigen 41 Stunden.

7) Prozentual stimmt der Einkommensverlust der einzelnen Beamtinnen und Beamten mit dem jeweiligen Verlust an Arbeitsplätzen überein.

Die Arbeitszeiterhöhungen in Bund und Ländern haben ein Volumen von bis zu 70 000 Stellen. Die höchsten Stellenverluste sind in Nordrhein-Westfalen (19 000) und in Baden-Württemberg (12 000) zu erwarten; beim Bund drohen rund 5 000 Stellen verloren zu gehen. Mit einer Erhöhung von 38,5 auf bis zu 42 Stunden ist der relative Arbeitsplatzverlust mit 9,1 % in Hessen am höchsten. Entsprechend hoch ist der Einkommensverlust. Der Personalabbau beim Bund wird sich auf 3,9 % belaufen.

## **BMI verordnet: 40-Stunden-Woche für Bundesbeamte**

**Bundesbeamte müssen ab 1. Oktober 2004 wieder 40 Stunden in der Woche arbeiten. Dies geht aus dem Entwurf der 13. Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung hervor.**

Nachdem die Länder ihre Beamten nunmehr bis zu 42 Stunden (Bayern, Hessen) wöchentlich arbeiten lassen, wollte der Bund nicht hinten anstehen. Aus Gründen der Haushaltslage und der steigenden Versorgungskosten, so Staatssekretär Dr. Göttrik Wewer, haben Bundesbeamte – wie bis zum 31. März 1989 üblich – wieder 40 Wochen-

arbeitsstunden Dienst zu verrichten. Und das ohne finanziellen Ausgleich. Damit kommt diese Arbeitszeiterhöhung einer Kürzung der Besoldung um 3,9 Prozent gleich.

Diesen Änderungsentwurf lehnte die GdP gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes Ende August beim Beteiligungsgespräch ab. In ihrer Kritik bewerteten sie das Änderungsvorhaben als beschäftigungspolitisch kontraproduktiv und familienfeindlich. Die Heraufsetzung der Wochenarbeitszeit, so argumentierten sie,

- führe zu einem Stellenabbau von rd. 5 000 Planstellen im Bundesbereich,

- verschlechtere die Altersstruktur,
- verdichte die Arbeit,
- demotiviere die Beamten und
- verschärfe die Ausbildungsplatzsituation.

Im Übrigen haben die Beamten die Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 38,5 Stunden durch moderate, auf die Arbeitszeitverkürzung abgestellte Anpassungsraten in der Besoldung zwischen 1988 bis 1990 selbst finanziert.

Wie nicht anders zu erwarten, beharrten die BMI-Vertreter jedoch auf der Erhöhung der Wochenarbeitszeit. Sie sagten allerdings zu, Teilzeitbeschäf-



Foto: ddp

tigten die Möglichkeiten zu eröffnen, an dem neuen Arbeitszeitumfang angepasste Regelungen zu vereinbaren. Außerdem wird das BMI prüfen, ob zumindest in der Begründung des Verordnungsentwurfs aufgenommen wird, dass die eingesparten Finanzmittel durch den Stellenabbau dem zukünftigen Versorgungsfonds zugeführt werden.

Die gewerkschaftliche Forderung, eine Revisionsklausel zu verankern, wonach die bei den kommenden Tarifverhandlungen vereinbarten Arbeitszeiten auf den Beamtenbereich übernommen werden, lehnte das BMI strikt ab.

**HJA**

# Der letzte Rest

## Eine Zwischenbilanz zur Übernahme-situation der Anwärter des gehobenen Dienstes der Kriminal- und Schutzpolizei des Landes Berlin

Im April 2002 nahm ich mit ein wenig Stolz die Ernennungsurkunde zum KKA (Kriminalkommissaranwärter) entgegen.

Davor galt es, die erforderlichen Einstellungstests und die ärztliche Untersuchung über sich ergehen zu lassen. Schon hier begannen die ersten Merkwürdigkeiten. So geschah es, dass das Einstellungsverfahren mitten drin gestoppt wurde und diejenigen, die noch nicht zur Untersuchung beim ärztlichen Dienst waren, nicht eingestellt wurden.

Ich hatte mich glücklicherweise schon frühzeitig beworben und deshalb zu den Glücklichen gehört, die den ärztlichen Test schon hinter sich gebracht hatten.

(Im Nachhinein habe ich übrigens erfahren, dass einige gegen diesen rechtswidrigen Abbruch des Einstellungsverfahrens erfolgreich geklagt hatten).

So begann mein Studium im April 2002 an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Berlin-Friedrichsfelde.

Wir sollten bis heute der letzte Jahrgang sein, der dort sein Studium begann – abgesehen von jeweils einer Aufsteigerklasse aus dem mittleren Dienst der Schutzpolizei pro Jahr.

Meine Kollegen und ich beteiligten uns im Laufe der ersten beiden Semester an mehreren Demonstrationen, die unsere drohende Nichtübernahme zum Thema hatten. Wir mussten aber schnell einsehen, dass diese bei den Verantwortlichen in der Po-

litik keinerlei Wirkung zeigten. Weiter nahmen wir an diversen Versammlungen teil. Auf einer dieser Versammlungen, ich glaube es war eine Jugendausbildendenkonferenz, teilte uns unser oberster Dienstherr, Herr Innensenator Körting, mit, dass

her. Es wurde uns gegenüber bisher keinerlei Aussage gemacht, wie es um unsere Übernahme steht. Auf diesen Missstand angesprochen, antwortete uns die Ausbildungsleitung, dass sie auch nichts Genaueres wüsste und deshalb auch keine Halb-



Polizeischüler der Berliner Polizei warten auf ihren Einsatz

Foto: ddp

wir ja noch jung seien und uns nach unserem Studium noch mal umorientieren könnten. Wir empfanden das damals als sehr kaltherzig, da man ja nicht nur wegen des Geldes und des sicheren Arbeitsplatzes Polizist werden wollte.

Im Laufe der Semester mussten wir mit ansehen, wie ein Großteil derjenigen, die vor uns das Studium beendeten, Berlin verließen und in andere Bundesländer gingen. Dass ihnen überhaupt diese Option offen stand, lag größtenteils am außerordentlichen Engagement unserer Ausbildungsleitung – allen voran Herr Baltes, Frau Heßler und Frau Heinemeyer.

Ich bin nun im 5. Semester und die Prüfungen rücken immer nä-

her. Es wurde uns gegenüber bisher keinerlei Aussage gemacht, wie es um unsere Übernahme steht. Auf diesen Missstand angesprochen, antwortete uns die Ausbildungsleitung, dass sie auch nichts Genaueres wüsste und deshalb auch keine Halb-

wahrheiten verbreiten wolle. Anfragen bei sämtlichen Bundesländern ergaben, dass auch dort der Bedarf an Polizeibeamten gedeckt sei und die meisten Bundesländer selbst Probleme hätten, ihre Auszubildenden einzustellen.

Während des gesamten bisherigen Studiums jagte ein Gerücht das andere. Mal hieß es, dass unser Jahrgang komplett eingestellt werde, da wir ja nur, inklusive Schutzpolizei, 138 Anwärter sind. Und es hieß immer, dass pro Jahr 150 Beamte nach erfolgreich bestandener Laufbahnprüfung übernommen würden.

Ein anderes Mal heißt es, dass wir als Wachpolizisten eingestellt würden und dann später auf frei werdende, unserem Ausbildungsstand entsprechende Stellen ge-

setzt würden.

Der wohl aktuellste Stand ist zurzeit, dass wir 2/3-Stellen bekommen sollen und somit nur Angestellte wären. Auf diesen Stellen sollen wir bis maximal 2008 bleiben. Danach sollen wir auf Vollzeitstellen gesetzt werden. Aber natürlich würde dann erst unsere z.A.-Zeit beginnen. Und diese soll ja eventuell auch bis auf fünf Jahre ausgeweitet werden.

Also mal rechnen: Ich bin mit Abschluss des Studiums 25 Jahre alt. Dann kämen drei Jahre als 2/3-Angestellter und dann fünf Jahre als z. A. Ich wäre also dann bei Erreichen des vollen Beamtenstatus 33. Und ich bin noch einer der Jüngeren in meinem Studienjahrgang.

Sicher, es wird immer viel gemeckert. Wir können uns über die Qualität unseres Studiums auch nicht beschweren. Trotzdem fühlt man sich von der Politik sehr allein gelassen. Ich nehme es den verantwortlichen Politikern ja ab, dass sie uns im Grunde einstellen wollen, ihnen aber das Geld dafür fehlt. Andererseits erzählt man uns, dass unsere Ausbildung pro Student ca. 120 000 Euro koste – und die wären ja wohl bei Nichtübernahme umsonst ausgegeben.

Dabei muss man bedenken, dass bis 2008 ca. 1/3 der Beamten der Berliner Polizei in Rente gehen und Berlin zu den Städten mit der höchsten Kriminalitätsrate gehört. Wie soll es mit Berlin weitergehen, wenn keine neuen Polizisten eingestellt werden?

Was mich sehr stört, ist der menschliche Umgang mit uns von Seiten der Politik. Man muss doch mal eine klare Aussage treffen, was mit uns geschehen soll. Und für viele ist es nicht so einfach, sich noch einmal umzuorientieren. Ein Teil meiner Mitstudenten hat Familie und einige haben das dreißigste Lebensjahr auch schon erreicht. Für sie ist es ausgesprochen schwierig, wenn nicht gar unmöglich, in ein anderes Bundesland zu gehen oder noch einmal eine andere Ausbildung oder ein anderes Studium zu beginnen.

*Alexander Schlicke, Berlin*



## **Präventionsaktion: Gegen Kinderporno- grafie im Internet**

Kinderpornografie steht an erster Stelle der kriminellen Angebote im Internet. 60 Prozent der Seiten, die von der Zentralstelle für Recherchen in Daten-netzen (ZaRD) des Bundeskriminalamtes im Jahr 2003 überprüft wurden, hatten kinder-pornografische Inhalte zum Gegenstand – so der Vorsitzende der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Erwin Hetger (zugleich Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg) auf einer Pressekonferenz am 26.8.04. Die polizeilich registrierten Fälle von Besitz und Verbreitung von Kinderpornografie seien seit 2000 bundesweit um 82 Prozent von 2 603 auf 4 726 Fälle gestiegen. Diese Zahlen sind jedoch die Spitze des Eisbergs. Das Dunkelfeld ist gerade in diesem Deliktsbereich aus Sicht der polizeilichen Experten sehr hoch.

Die Pressekonferenz war Auftakt einer bundesweiten Initiative der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes gemeinsam mit namhaften Providern gegen Kinderpornografie – z. B. beteiligen sich AOL, MSN und T-Online sowie die Nachrichtenportale SPIEGEL ONLINE und FOCUS online an dem Projekt. Es gilt, den Tätern die Plattform ihres Handelns zu nehmen und ihre kriminellen Machenschaften offen zu legen. Ziel aller Beteiligten der Aufklärungskampagne, von Polizei über Provider bis zu den privaten Nutzern, muss die soziale Ächtung und konsequente Verfolgung von Verbreitern der Kinderpornografie sein. Ihnen muss deutlich gemacht werden, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist – weder in

Deutschland noch weltweit. Dafür muss die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Providern stark intensiviert werden. Ideen, wie anlassunabhängige virtuelle Streifengänge im Internet, sind richtig und wichtig!

Laut Franz-Hellmut Schürholz, Präsident des LKA Baden-Württemberg, gebe es unter den bereits verurteilten Tätern keine signifikante Tätergruppe. Meist seien es Männer im Alter zwischen 16 und 52 Jahren; Arbeitslose genauso wie Akademiker. Bei der Fahndung im Rahmen der Rechtshilfe funktioniere die Zusammenarbeit innerhalb Europas gut, berichtete er auf Nachfrage, „die Schwierigkeiten im Kampf gegen die Kinderpornografie fangen außerhalb Europas an“.

Die Frage der Presse, ob die Anzahl der ermittelnden Beamten der Steigerung der Fallzahlen angepasst sei, konnte Erwin Hetger zumindest für das LKA BW beantworten: Hier sollen fünf weitere Stellen eingerichtet werden.

In der GdP hatte insbesondere die JUNGE GRUPPE das Thema Kinderpornografie im Internet aufgegriffen und bereits 1999 Forderungen an Politik und Medien gestellt und auf dem Stuttgarter Kirchentag über 10 000 Unterschriften gesammelt, die dem damaligen Vorsitzenden der Innenministerkonferenz übergeben wurden. Jährlich stattfindende Seminare beweisen, dass die JUNGE GRUPPE (GdP) auch in den letzten Jahren dieses Thema nicht aus den Augen verloren hat.

**Karen Seiter,  
Geschäftsführender  
Bundesjugendvorstand**



# Vom Diplom-Verwaltungswirt zum Bachelor!

## Europäische Dimensionen der Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst

Mit der umfassenden Studienreform können qualitätssichernde Überlegungen keinesfalls abgeschlossen sein. Neue Herausforderungen sind bereits erkennbar. Neben Überlegungen zur länderübergreifenden Kooperation erfasst der tiefgreifende Umstrukturierungsprozess der deutschen Hochschullandschaft im europäischen Kontext nunmehr auch die Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst.

### Der Bologna-Prozess

Auf der Grundlage der Sorbonne-Erklärung haben am 19. Juni 1999 die für das Hochschulwesen zuständigen Minister von 29 europäischen Staaten in der italienischen Universitätsstadt Bologna eine Deklaration zur Entwicklung eines universalen europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010 unterzeichnet.

Die zumeist durch eigene Systemlogiken gekennzeichneten kontinentalen europäischen Hochschulstrukturen sollen dabei an den flexiblen Studiengängen der angelsächsischen Länder ausgerichtet werden. Die Folgekonferenzen in Prag und Berlin konkretisierten diese Zielstellung weiter und stellten die Wechselwirkung zwischen dem inzwischen von 40 Teilnehmerstaaten getragenen Bologna-Prozess und der EU-Bildungspolitik her.

Vor dem Hintergrund eines steigenden Wettbewerbs geht es insbesondere um die Einführung modularisierter Bachelor- und Master-Studiengänge, deren Vorteile auf der Hand liegen: u. a. kürzere Studienzeiten und jüngere Berufsbewerber, internationale Kompatibilität und Flexibilität, eine an Anforderungsprofilen ausgerichtete Ergebnis-Orientierung (Outcome-Orientierung) und die Hinwendung zum lebenslangen Lernen.

**Die Qualität der Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst wurde in den letzten Jahren bundesweit kritisch diskutiert. Mit einer umfassenden Studienreform hat der Fachbereich Polizei der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Schleswig-Holstein nunmehr die wesentlichen Kritikpunkte aufgenommen und ist damit dem erklärten Ziel nach mehr realem Praxisbezug des Studiums und nach mehr methodisch-wissenschaftlicher Substanz ein großes Stück näher gekommen.**

In regelmäßig drei Jahren oder sechs Semestern sollen durch den grundlegenden Bachelor-Studiengang berufsqualifizierende Kompetenzen vermittelt werden. Darauf aufbauend bietet ein auf vier Semester angelegter Master-Studiengang die Möglichkeit zur tiefergehenden Spezialisierung, zur interdisziplinären Weiterbildung oder zu einem zweiten berufsqualifizierenden Abschluss in einer anderen Fachrichtung.

Durch gestufte Studiengänge

erweitert sich für Studierende die Möglichkeit der flexiblen Zielgestaltung. Nach dem Bachelor-Studium besteht die Möglichkeit, direkt in das Berufsleben einzusteigen oder sich mit einem Master-Studium weiter zu qualifizieren. Dies kann auch nach einer Phase der Berufstätigkeit oder sogar berufsbegleitend auf Teilzeitbasis erfolgen. Das Grundkonzept sieht vor, dass über konkrete Anforderungsprofile und darauf basierenden Schlüsselqualifikationen berufsbezogene

Handlungskompetenzen erworben werden. Neben einer spezifischen Fachkompetenz geht es dabei auch um methodische, persönliche und soziale Kompetenzen – insbesondere mit interkultureller Ausrichtung.

### Strukturvorgaben

Durch Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) wurden spezifische Strukturvorgaben für eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandortes Deutschland und die Akkreditierung von Bachelor- und Master-Studiengängen geschaffen. Darin sind die Regelstudienzeiten, die Zugangsvoraussetzungen und die Studiengangprofile ebenso festgeschrieben worden wie die möglichen Abschlüsse, die Verpflichtung zur Modularisierung und die Einführung von Leistungspunktesystemen.

Grundlegende Voraussetzung für die Akkreditierung eines Bachelor- oder Master-Studienganges ist zunächst die Modularisierung. Unter einem Modul ist eine zeitlich abgeschlossene Lehr- und Lerneinheit zu verstehen, die qualitativ und quantitativ beschreib- und bewertbar ist. Lehrveranstaltungen werden zu thematischen Einheiten zusammengefasst, durch die Teilqualifikationen erreicht werden. Der tradierte Ansatz der Input-Orientierung (Welche Lehrinhalte sind zu vermitteln?) wird zu Gunsten der Outcome-Orientierung (Welche Kompetenzen sollen erreicht werden?) verlassen. Der Begriff des Moduls ist dabei keinesfalls zwingend oder vorrangig mit Blockkursen gleichzusetzen, die eine gewünschte Flexibilität eher behindern. Denkbar sind insbesondere unverblokte und teilverblokte Semestermodule, aber auch organisatorische Einheiten, die auf



Foto: International University Bremen (IUB)

der Makro- oder Meso-Ebene über mehrere Semester angelegt sind.

Mit der Modularisierung einher geht die Einführung von Leistungspunktesystemen, durch die ein Paradigmenwechsel vom Lehr- zum Lernaufwand vorgenommen wird.

Es handelt sich regelmäßig um Systeme, die dem European Credit Transfer Systems (ECTS) entsprechen oder nachgebildet sind und pro Semester 30 Leistungspunkte beinhalten. Aufmerken lässt dabei, dass ein ECTS-Punkt für 30 Lernstunden vorgesehen ist, so dass sich eine durchschnittliche Semesterbelastung von 900 Stunden addiert, was bei einer Semesterdauer von 22,5 Wochen immerhin einen wöchentlichen Arbeitsaufwand von 40 Stunden bedeutet. Allerdings umfasst dieser Student Workload keinesfalls allein die Präsenzstunden, sondern ebenso die Zeiten der Vor- und Nachbereitung, des Selbststudiums und der zu absolvierenden Leistungsnachweise. Dennoch bleiben bei diesem Stundenansatz Fragen offen.

Die Strukturvorgaben sehen weiter studienbegleitende Prüfungen vor, die in ihrer Summe zum Erwerb des jeweiligen Abschlussgrades führen oder einen wesentlichen Bestandteil ausmachen. Unbestrittene Vorteile dieser Regelung sind eine ausgeglichene Lernbelastung und eine höhere Lerneffizienz. Abschließende Staats- oder Laufbahnprüfungen sind dennoch möglich und können unproblematisch in das Gesamtsystem integriert werden.

Die Qualität der neuen Studiengänge soll durch standardisierte Evaluierungs- und Akkreditierungsverfahren gewährleistet werden. Aus diesem Grund ist bereits 1998 durch KMK-Beschluss ein unabhängiger Akkreditierungsrat gebildet worden, dessen Aufgaben vornehmlich darin bestehen, strukturelle und inhaltliche Mindestanforderungen zu definieren, Akkreditierungsagenturen zeit-

lich befristet zuzulassen und ihre ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung zu überwachen. Mit der Akkreditierung ist zwar keine Reglementierung des individuellen Studienverhaltens verbun-



**Hartmut Brenneisen,  
Dekan des  
Fachbereichs  
Polizei in der  
Fachhoch-  
schule für  
Verwaltung  
und Dienst-  
leistung**

den, allerdings können beispielsweise konsekutive Studiengänge einer Hochschule nur zugelassen werden, wenn eine Regelstudienzeit von insgesamt 5 Jahren zum Masterabschluss nicht überschritten wird.

### **Bedeutung für die Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst**

Vor dem Hintergrund dieses umfassenden Umstrukturierungsprozesses stellt sich zwangsläufig die Frage nach möglichen Auswirkungen auf die polizeispezifischen Studiengänge an den internen Fachhochschulen des Bundes und der Länder. In diesem Kontext muss auch die Akkreditierung des Masterstudienganges „Public Administration – Police Management“ an der in Gründung befindlichen Deutschen Hochschule der Polizei durch die Agentur ACQUIN im März 2004 und die Diskussion über eine eigenständige Polizeiwissenschaft berücksichtigt werden.

Zielstellungen, wie kurze und gestraffte Studiengänge, die Vermittlung berufsspezifischer Handlungskompetenzen sowie die Orientierung an Anforderungsprofilen und Schlüsselqualifikationen sind für die Polizeifachhochschulen bzw. die in den Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung integrierten Fachbereiche in wesentlichen



## AUS- UND FORTBILDUNG

Punkten bereits zum Standard erhoben worden.

Weitgehend neu ist allerdings die modularisierte Studienstruktur, durch die aber gerade in der Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst noch eine deutliche Qualitätssteigerung erreicht werden kann. Zwangsläufig müssen durch diesen konzeptionellen Ansatz fachorientierte Überlegungen einer ganzheitlichen Philosophie weichen. Die Ergebnis-Orientierung macht deutlich, welche curricularen Inhalte zielführend sind bzw. welche reduziert oder gestrichen werden sollten. Unter Berücksichtigung fachtheoretischer und -praktischer Ansätze werden interdisziplinäre Lehr- und Lern-

einheiten entstehen, durch die eine unabgestimmte und damit wenig ökonomische Parallel- bzw. Doppelvermittlung vermieden werden kann.

Allerdings muss eine ernsthafte und an der Qualität ausgerichtete Überarbeitung bestehender Studienpläne auch gewollt sein; eine ausschließliche Neuordnung bestehender Inhalte, ohne die anzustrebenden Kompetenzen umfassend zu berücksichtigen, wäre lediglich ein Etikettenschwindel und damit eine Verschwendung der knappen Ressourcen.

Dem neuen Bildungskonzept liegen zu gleichen Teilen Praxisbezug und Wissenschaftlichkeit

zu Grunde. Entsprechend müssen eingesetzte Lehrkräfte zur Anwendung wissenschaftlicher Methoden ebenso in der Lage sein wie zur Strukturierung und Analyse polizeispezifischer Fragestellungen der Zielgruppe. Der Anteil der in der Lehre eingesetzten Polizeivollzugsbeamten darf dabei zur Sicherung der unmittelbaren Berufsorientierung nicht zu gering gewählt werden.

### Umstellung auf das gestufte System

Der Weg nach Bologna ist gerade für die polizeispezifische Ausbildung vorgezeichnet, viele Einrichtungen haben bereits einen großen Teil der zu bewälti-

genden Strecke konzeptionell zurückgelegt. Das Beharren auf überkommenen Strukturen würde zu einer Abkoppelung vom europäischen Hochschulsystem und damit zur Einschränkung der bestehenden Gestaltungsmöglichkeiten, zu einem Wettbewerbsnachteil bei der Gewinnung kompetenten Nachwuchses und nachfolgend zu einem deutlichen Qualitätsverlust führen. Die hervorragende Möglichkeit, den Prozess der fortschreitenden europäischen Integration durch die Kompatibilität der Polizeiausbildung zu unterstreichen, bliebe ungenutzt.

*Hartmut Brenneisen*

## PRAKTISCHER ARBEITSSCHUTZ

# Warn- und Einsatzkleidung

Zurzeit muss der Mitarbeiter, wenn er auf offener Straße tätig wird, eine Warnweste nach EN 471 tragen. Das ist jedoch nicht immer möglich, z. B. bei spontanem Entschluss, ein Fahrzeug anzuhalten und zu kontrollieren. Gefährdungsursachen sind dann vor allem mögliche Unaufmerksamkeit und oft zu hohe Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer, aber auch die dunkle Dienstkleidung (Anorak, Einsatzanzug) oder die Unachtsamkeit der Kontrollbeamten. Verringert werden kann das Risiko einerseits durch Sensibilisierung der Vollzugsbeamten, andererseits aber auch durch das Tragen leicht sichtbarer Kleidung.

Für die Warnwirkung bei Nacht bzw. unter Einwirkung von Abblendlicht muss retro-reflektierendes Material aufgebracht werden. Eine optimale optische Schutzwirkung lässt sich nur durch die richtige Anordnung, Menge und Qualität reflektierender Streifen auf der Einsatzkleidung erzielen. Dabei hat sich heraus gestellt, dass senkrechte Streifen besser wahr-

**Die Sichtbarkeit der dienstlich gelieferten Kleidung wurde in einem Workshop der Polizei Baden-Württembergs getestet. Das Ergebnis war alarmierend: Es stellte sich heraus, dass eine große Gefahr für Leib und Leben der Beamten des Streifendienstes im Straßenverkehr durch unzureichende Sichtbarkeit besteht.**

genommen werden als waagerechte. Um die Warnwirkung bei Tag zu gewährleisten muss fluoreszierendes Material in bestimmten Mengen angebracht

werden. Untersuchungen ergaben, dass bei einem nicht vollkommen dunklen Umfeld eine Streifenbreite von mind. 3 cm notwendig ist.



Für optimale Erkennbarkeit bei Tag und Nacht ist jeweils das rechte Modell auf den Fotos bestens geeignet. Foto: 3M Deutschland GmbH



Da die Silhouette eines Kontrollbeamten bei Tag und bei Nacht bzw. allen Witterungsbedingungen erkennbar sein muss, sollte geprüft werden, inwiefern es nötig ist, Bekleidung für repräsentative Zwecke und eine separate Kleidung für die „normale“ Arbeit zu entwickeln – so wie es in anderen Berufsständen bereits üblich ist (z. B. Feuerwehr).

An einem solchen „Arbeitsanzug“ können Forderungen aus dem Bereich des Streifendienstes nach mehr Bewegungsfreiheit und mehr zweckmäßige Unterbringungsmöglichkeiten für mitgeführtes Gerät verwirklicht werden. Auch der Einsatz von sicherheitsrelevanten Accessoires ist an einem solchen Anzug, mit entsprechender Akzeptanz des Nutzers, viel leichter möglich als an der bisherigen Dienstkleidung. Ziel sollte es sein, die Oberbekleidung gem. EN 471 zertifizieren zu lassen, dann könnte zukünftig die Warnweste wegfallen!

*Guido Kubsch, KG  
Bundesfinanzpolizei  
Hannover*



## **Internationale Sicherheits-Fachmesse**

**Vom 5. bis 8. Oktober findet die Sicherheitsmesse „Security 2004“ in Essen statt. Auf der bereits zum 16. Mal ausgerichteten Veranstaltung präsentieren rund 950 Aussteller aus über 32 Nationen ihre Produkte aus nahezu allen Sicherheitsbereichen.**

Unter anderem kann sich das Fachpublikum über die Neuerungen folgender Produkte und Technologien umfangreich informieren: mechanische Sicherungstechnik, anlagentechnischer und baulicher Brandschutz, Kontroll- und Überwachungseinrichtungen/Einsatzinformationssysteme (EIS), Überfall-, Einbruch-, Dieb-

stahlmeldeeinrichtungen, Brandmelde-, Rauch und Gaswarneinrichtungen, Informationsschutz (Datensicherungseinrichtungen), Einzelgeräte der elektronischen Sicherungstechnik, Spezialfahrzeuge und Ausstattung, Nahverteidigungsmittel, Persönliche Ausrüstung, Dienst- und Schutzkleidung, Messgeräte, Kriminal-

technik, Sicherung und Bewachung sowie über Dienstleistungen und Fachliteratur.

Neben der Beteiligung von Ausstellern aus der Industrie und Wirtschaft stellen verschiedene Bundesverbände und Arbeitsgemeinschaften in einzelnen Informationszentren ihre Aktivitäten vor: z. B. die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (KPK), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie den Bundesverband der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheitssystemen e.V. (BHE).

Begleitet wird die Sicherheitsfachmesse vom „SECURITY Fachkongress 2004“, der bereits einen Tag vor Eröffnung der Mes-

se am 4. Oktober 2004 beginnt. Der unter der Frage-

stellung „Was beschäftigt Sicherheitsverantwortliche in wirtschaftlich schwierigen und politisch unsicheren Zeiten?“ geführte Kongress bietet nahezu 100 Fachvorträge. Bewährte Themenschwerpunkte sind z. B. IT-Sicherheit, Krisen-/Notfallmanagement, Private Sicherheitsdienstleister, Zutrittskontrolle/-management, Standortbestimmung, Biometrie, Videoüberwachung – neue Entwicklungen und Trends.

Weitere Informationen unter: [www.messe-essen.de](http://www.messe-essen.de) oder über das Messe-Info-Telefon 01805/221514

**D.D.**

# Brandenburger Polizeistruktur in Mazedonien?

Ausschlaggebend für die Wahl Brandenburgs war die Polizei-strukturreform 2002, die annähernd gleiche Infrastruktur, die Bevölkerungszahl (Mazedonien hat 2,1 Mio. Einwohner), die Hauptstadtproblematik (Skopje hat 600 000 Einwohner) und eine derzeit streng zentralistisch organisierte Polizei – vergleichbar der Polizei zu DDR-Zeiten. Allein von den 10 000 Polizisten arbeiten ca. 3 500 im Innenministerium. Und dort wird entschieden, welche Fälle durch das Innenministerium selbst bearbeitet werden und welche Fälle vom Rest der Polizei. Nach dem erfolgreichen Auswahlverfahren hat Brandenburg begonnen, durch eine Projektgruppe zwischen deutschen Polizisten und mazedonischen Beschäftigten des Innenministeriums die organisatorischen Vorbereitungen zu treffen. Kurzfristig hatte sich der Brandenburger Abteilungsleiter

Ein Bericht von Andreas Schuster

**Mazedonien will schnellstmöglich in die EU aufgenommen werden und sich zum so genannten Vorzeigeland des Balkans entwickeln. Aber für die Aufnahme in die EU gibt es klar definierte Kriterien. U. a. im Bereich der Inneren Sicherheit. Um diese Kriterien erfüllen zu können, muss die Struktur der mazedonischen Polizei grundlegend verändert werden. Die ca. 10 000 Polizisten sind teilweise schlecht ausgebildet, schlecht bezahlt und von der Bevölkerung wenig akzeptiert. Nach einer europaweiten EU-Ausschreibung erhielt Brandenburg den Zuschlag, die notwendige Umstrukturierung der mazedonischen Polizei zu begleiten. Die Vorbereitungen laufen inzwischen.**

Polizei, Herr Hohnen, entschlossen, selbst das Auftaktseminar zu begleiten. Ich bekam in meiner Funktion als stellv. PHPR-Vorsitzender die Möglichkeit, an dieser Dienstreise teilzunehmen.



Vortrag vom stellvertretenden PHPR-Vorsitzenden, Andreas Schuster, vor der AG der Mazedonischen Polizei

## Gespräche im Innenministerium

Am nächsten Morgen Empfang beim Innenminister. Dieser verdeutlichte, dass Mazedonien dringend daran interessiert ist, alle Kriterien zur Aufnahme in die EU zu erfüllen, um die eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzutreiben. Und nur aus diesem Grund sei man auf europäische Hilfe angewiesen. Er erwartet von der Projektgruppe Vorschläge, um das Niveau der Inneren Sicherheit deutlich zu erhöhen und die Polizeiarbeit effektiver und bürgernäher in Mazedonien zu gestalten. Bei der anschließenden Seminareröffnung fühlte ich mich in alte, fast vergessene Zeiten versetzt: auf der einen Seite die Mazedonier, auf der anderen Seite Vertreter der EU – in der Mehrzahl deutsche Polizisten.

Die Kolleginnen und Kollegen aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg waren sehr aktiv in der Vorbereitung dieses Seminars. Ich hatte jedoch an diesem Morgen das Gefühl, dass es irgendwie wie 1990 ist. Aus diesem Grund habe ich als Einstieg meines Beitrages den Seminarteilnehmern meine persönliche Vergangenheit geschildert: Als geborener DDR-Bürger hatte ich 13 Jahre unter sozialistischen Bedingungen Polizeidienst verrichtet und dann die Wende erlebt. Und in dieser Phase waren es nicht wenige Besserwisser, die gekommen waren und mir erklärt haben, dass ich alles, was ich bis dahin gelernt und gearbeitet habe, besser vergessen sollte und dass Polizeiarbeit ganz anders funktioniere ... Genau das Gefühl, dass ich damals dabei hatte, stellte sich an diesem Morgen wieder ein. Ohne den dort anwesenden deutschen Polizisten Negatives unterstellen zu wollen, ganz im Gegenteil, aber die Befürchtungen der Mazedonier waren fast körperlich spürbar. Ich habe erklärt, dass es ih-

## Land der Gegensätze

Abflug vom Großflughafen Frankfurt/Main bei 15 Grad, Ankunft auf dem Flughafen Skopje bei 30 Grad. Eine fantastische Landschaft, wie sie Karl May nicht hätte besser beschreiben können: wunderschöne Berge und Täler – man könnte glauben, jeden Augenblick kämen Indianer um die Ecke geritten ...

Der Weg vom Flughafen brachte den nächsten Gegensatz: Eine fantastische Landschaft und neben der Autobahn Müll ohne Ende. Autos, die ihren Dienst nicht mehr verrichteten, wurden dort stehen gelassen und ausgeschlachtet, wo sie ihr Leben ausgehaucht haben. TÜV und ASU sind generell unbekannt und jeder wirft seinen Müll aus dem Autofenster. Das Einzige, was in Skopje im Bereich Umwelt „funktioniert“, ist die Abwasserentsorgung: Mitten durch die Stadt fließt ein Fluss, in den alle Abwässer eingeleitet werden. Und man hofft, dass bei starkem Regen das Wasser aus den Bergen diese Abwässer in das Mittelmeer spült. Eine städtische Müllentsorgung gibt es nur, wenn gerade Geld vorhanden ist.

Halt an der ersten Ampel. Sofort kommen junge Frauen mit Babys auf dem Arm auf das Auto zu und betteln.





Zerstörte serbische Häuser in Prizren (Kosovo)

nen gelingen müsse, diese Reform zu IHRER Reform zu machen. Dazu gehöre, dass man Vergangenes analysiert, Positives übernimmt, Neues gestaltet und die EU nur begleitend helfen sollte. Ein Überstülpen könne und werde nicht funktionieren. Wichtig sei dabei die Einbeziehung aller Beschäftigten – nicht bloß derer im Innenministerium. Und ihre Vorschläge sollten auch akzeptiert werden.

In diesem Zusammenhang habe ich eine kritische Analyse der Brandenburger Polizeireform vierzehn Jahre nach der Wiedervereinigung vorgenommen. Und es führte schon zum großen Erstaunen, dass ein Deutscher andere Deutsche im Ausland kritisiert (nicht nur die Mazedonier waren überrascht, dass Brandenburger auch Kritik an der Brandenburger Innenpolitik äußerten).

### **Personalvertretung gibt es nicht**

Es gibt sehr wohl in der mazedonischen Polizei eine Gewerkschaft (Organisationsgrad von ca. 80 Prozent), die auf Basis eines Dekrets funktioniert (einschließlich Streikrecht!). Jedoch fehlt die gesetzliche Grundlage und Personalvertretungsrechte bzw. Personalvertretungen sind unbekannt. Aber gerade über Gewerkschaften und Personalvertretung kann und muss die demokratische Mitwirkung an Veränderungen organisiert werden. Deswegen betrachte ich es als notwendig, nicht nur Struktu-

ren der mazedonischen Polizei zu verändern, sondern auch Beteiligungsrechte, Mitbestimmung und Mitwirkung einzuführen und den Mitarbeitern das Selbstbewusstsein zu geben, dass sie ihre Zukunft mitgestalten können.

### **Erste Ergebnisse**

Der Kontakt zur mazedonischen Polizeigewerkschaft wurde bereits aufgebaut und erste Unterlagen ausgetauscht. Das entscheidende ist jedoch, dass die Mazedonier (ein sehr stolzes Volk) im so genannten Reformprozess Gewerkschaften und zukünftige Personalvertretungen einbeziehen wollen und erkannt haben, dass sie die Reform zu ihrer Reform machen müssen. Und dies wird schwer genug.

### **Teilweise Mittelalter in Europa**

Die Polizei in Mazedonien funktioniert eigentlich nur in Skopje. In den ländlichen Bereichen des Balkans regieren teilweise die Clans. Diese sind Regierung, Justiz, Polizei, Sozial- und Arbeitsamt in einem. Sie brauchen keinen Rechtsstaat mit seinen Organen. Und das Interessante ist, dass dies teilweise sehr gut funktioniert. allerdings bis dahin, dass selbst heutzutage noch im Sinne von Justiz die Blutrache vollzogen wird. Um so wichtiger ist es, die mazedonische Polizei zu dezentralisieren und gerade in den ländlichen Bereichen die Polizei zu stärken – so



## MAZEDONIEN

wie auch in Brandenburg versucht wird, eine Kompetenzverlagerung in die Schutzbereiche umzusetzen. Dies kann nicht mit einer Projektgruppe enden, sondern muss mittelfristig begleitet werden. Dafür sollten nicht nur höhere Dienste des MI Brandenburgs in Mazedonien wirken, sondern und gerade auch gehobene und höhere Dienste aus den Schutzbereichen, die aus eigener Erfahrung vermitteln können.

### Besuch im Kosovo

Herr Hohnen und ich nutzten die Möglichkeit, auch Brandenburger Kolleginnen und Kollegen im Kosovo zu besuchen. Derzeit sind dort 258 Polizisten aus Deutschland eingesetzt, davon elf aus Brandenburg. Meine persönliche Vorstellung war, dass wir von einem relativ sicheren Land Mazedonien in ein vom Bürgerkrieg zerstörtes Kosovo fahren. Umso größer die Verblüffung nach der Grenze: Es wird an jeder Ecke gebaut. Ich habe lange nicht mehr so viele neu gebaute Häuser gesehen, die alle nicht verputzt sind – um keine Steuern bezahlen zu müssen, weil der Hausbau eben noch nicht vollendet ist.

Dazwischen befinden sich Schwimmbäder, kleine Volleyball- und Fußballfelder nach modernstem europäischen Standard (teilweise mitten auf dem Acker), wie sie in Deutschland nicht vorhanden sind. Damit ich nicht falsch verstanden werde; keine Neiddiskussion. Ganz im Gegenteil. Man muss der Jugend gerade auch im Kosovo die Möglichkeit geben, sich sportlich zu betätigen. Allerdings habe ich auf diesen Sportanlagen nur vereinzelt Jugendliche gesehen. Dies ist nur eines von vielen Beispielen, wo man offensichtlich in Brüssel etwas beschließt, aber nie weiß, wie es in der Praxis umgesetzt wird.

### Ankunft in Pristina

Pristina, die Hauptstadt des Kosovo, ist eine stark pulsierende

Stadt. Trotz des Bürgerkrieges 1999 gibt es nichts, was es nicht gibt. Der Altersdurchschnitt ist unwahrscheinlich jung. Auch hier ist der Unterschied zwischen Arm und Reich an jeder Ecke sichtbar und es herrscht eine äußerst gespannte Stimmung. Vor den letzten Unruhen im März 2004 wohnten in Pristina 30 000 Serben. Heute sind noch 3 000 offiziell gemeldet.

### Ethnische Konflikte

Bereits in Mazedonien war erkennbar, dass die ethnischen Konflikte beruhigt, aber in keiner Weise gelöst sind. Wurde irgendwo eine Kirche oder ein Kloster von christlichen Orthodoxen renoviert oder errichtet, so wurde in Sichtweite eine Moschee mit saudi-arabischen Geldern daneben gesetzt. Wir waren in Mazedonien in einem kleinen Bergdorf mit ca. 100 Einwohnern, einem tollen Kloster, einer tollen Moschee, die aber kaum besucht werden. Im Kosovo ist der Gegensatz noch größer. Hier ist der Konflikt zwischen Albanern und Serben ständig spürbar. Am sichersten ist die so genannte Police-Street. In dieser Straße befinden sich alle wesentlichen UN- und Polizeigebäude. Diese Straße wird zu 90 % von Polizisten bevölkert. Maximal in diesem Bereich wagen sich Serben offiziell in Pristina auf die Straße.

### Krawalle oder ethnische Säuberungen?

Im März 2004 kam es zu lange vorprogrammierten ethnischen Unruhen. Die Ereignisse des Bür-



Neue Kosevanische Polizei (KPS): v. l. n. r.: Personenschützer, Regional Commander Wolfgang Zilekens, Brandenburger Abteilungsleiter Polizei Herr Hohnen, Personenschützer, Andreas Schuster, Personenschützer

gerkrieges 1999 waren in allen Familien spürbar. Die UCK war überall präsent, ohne offiziell aufzutreten. Der Hass der Albaner auf die Serben und umgekehrt war spürbar; dazu der Wunsch nach Rache und die grenzenlose Verzweiflung. Trotz optischer Entwicklung (neue Häuser, neue Straßen und Sporteinrichtungen) ist die Bevölkerung sehr stark resigniert. Offiziell gibt es 57 Prozent Arbeitslose, inoffiziell spricht man von mindestens 75 Prozent. Kein Geheimdienst der Welt hat diesen Spannungsherd richtig eingeschätzt.

Und dann der Eklat: Im Kosovo waren angeblich albanische Kinder durch einen Serben mit Hunden in einen Fluss getrieben worden und dort ums Leben gekommen (heute ist bewiesen, dass es dort weder einen Serben noch Hunde gab; die Kinder sind beim Baden ums Leben gekommen). Das Pulverfass, das nur noch den Zündfunken brauchte, ging endgültig hoch: Die Albaner steckten die Häuser und Autos der Serben an und schändeten selbst ihre Gräber. Mitten in Europa und im Jahre 2004 war die gesamte EU ohnmächtig – trotz Polizei- und Militärpräsenz – diese Unruhen zu unterbinden. Serben kamen ums Leben, wurden vertrieben und ihrer Heimat beraubt. Ich sage, es war eine gezielte „ethnische Säuberung“.

### Polizeiarbeit entgegen jeder deutschen Polizeidienstvorschrift

Gerade in dieser Nacht fand ein Kontingentswechsel der deutschen Polizisten statt. Auf dem Flughafen kamen deutsche Polizisten an, die zwar auf ihren Einsatz vorbereitet waren, sich aber plötzlich inmitten von Unruhen befanden. Sie mussten nachts selbständig Busse chartern und die Munition verteilen, damit jeder mindestens 5 Schuss hatte. Mit Karte und Kompass versuchte man, die Hauptstadt zu erreichen. Das, was in dieser Nacht und danach geleistet wurde, steht in keiner Polizeidienstvorschrift. Es war Polizeieinsatz unter Einsatz des Lebens.

In den folgenden beiden Tagen waren KAFOR und Polizei mehr oder weniger Zuschauer dieser ethnischen Unruhen. Ein Polizeiführer schilderte mir später, warum die Polizei kaum in der Lage war, effektiv einzugreifen: Die ihm unterstellten Polizisten sind aus der ganzen Welt zusammengewürfelt. Im normalen täglichen Dienst funktioniert dies einigermaßen; in Spannungssituationen gar nicht. Da gibt es indische Polizisten, die weder Auto fahren können (indische Polizisten stammen aus der oberen Kaste und haben zu Hause einen Fahrer) und noch



## MAZEDONIEN

nie mit einer Waffe geschossen haben. Da sind türkische Polizisten, die ihren Sprachtest gekauft haben und nur türkisch verstehen. Und Polizisten aus anderen Ländern mit teilweise sehr schlechter Polizeiausbildung. Im Kosovo ist man häufig gezwungen, auf die neue KSP (neue Polizei des Kosovo) zurückzugreifen. Das aber sind in der Regel ehemalige UCK-Leute.

### EUROCOP gefordert

Die Europäische Polizeigewerkschaft EUROCOP sollte dringend prüfen, ob die Einsatz-



Schwerbewaffneter UN-Polizist in Srebreniza

Fotos (4): GdP Brandenburg

konzepte in Krisenregionen richtig sind. Deutsche Polizeiführer haben vehement gefordert, geschlossene Einsätze mit geschlossenen Einheiten durchzuführen. Es muss endgültig geklärt werden, welche Hilfsmittel eingesetzt werden dürfen. Diensthunde und Wasserwerfer sind unbedingt notwendig, um weitere gewaltsame Demonstrationen zu unterbinden. Leider gehen diese Vorschläge einen sehr, sehr langen Weg nach Brüssel und ich habe das Gefühl, dass sie dabei wahrscheinlich auch sehr häufig verloren gehen. Generell ist zu bemängeln, dass von Brüssel aus viele gut gemeinte Projekte ins Leben gerufen werden,

aber eine Koordinierung vor Ort fehlt. Auf den Polizeibereich bezogen ist mir aufgefallen, dass in Mazedonien ein Polizeikontingent das PROXIMA-Programm (Krisenbewältigung) umsetzt, gleichzeitig ein anderes neue Polizeistruktur schaffen soll; beide wissen voneinander, haben aber unterschiedliche Aufträge, unterschiedliche Finanzierungsquellen und unterschiedliche Zielrichtungen. Es muss Brüssel gelingen, im Polizeibereich, aber noch vielmehr in anderen Bereichen, die Aktivitäten vor Ort zu koordinieren und zusammenzuführen. Sonst werden die Probleme nicht gelöst und Steuergelder ohne Ende verschleudert.

### Arbeitsbedingungen deutscher Polizisten

Auf Einladung des Innenministeriums Brandenburg fand ein gemeinsamer Abend mit den Berliner und Brandenburger Polizisten statt. An diesem Abend habe ich erfahren, unter welchen Bedingungen unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten: sieben Tage in der Woche, 24 Stunden am Tag. Es gibt keinen klassischen Feierabend, keine klassischen freien Tage. Und jede deutsche Arbeitszeitverordnung kann man dort in die Mülltonne werfen. Im täglichen Dienst ist Kreativität, Einsatzbereitschaft und Querdenken gefordert.

Nur ein Beispiel dafür: Erste Erfolge bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (das Land funktioniert durch Organisierte Kriminalität!) wurden zunichte gemacht, nachdem die Amerikaner amerikanisches Recht eingeführt haben und alles unter Richtervorbehalt stellten. Dadurch ist effektives und schnelles Handeln in diesem Bereich fast unmöglich geworden.

Übrigens: Die Amerikaner demonstrieren überall in Mazedonien und im Kosovo den so genannten Weltpolizisten.

Da werden in Mazedonien mal für 100 000 Dollar Streifenwagen und Computer übergeben, ohne zu wissen, ob sie überhaupt notwendig sind und die Effektivität erhöhen. Im Kosovo richtet man ein gi-

gantisches Camp ein – gemietet auf 99 Jahre – mit modernster IuK-Technik und verdeutlicht allen anderen, dass man jegliche Informationen im Kosovo im eigenen Interesse filtert.

Braungebrannt und gutes Geld – mit diesem Slogan wird oft der Einsatz im Ausland von unseren Kolleginnen und Kollegen belächelt. Und der eine oder andere Kollege gab mir nach Mazedonien und in den Kosovo mit auf den Weg: „Grüß unsere Kollegen im Urlaub“.

Ich habe eine hohe Achtung vor der Arbeit der dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. Eine Arbeit, die an deutschen Maßstäben nicht messbar ist und häufig unter Lebensgefahr stattfindet. Und wer so in Deutschland über den Auslandseinsatz denkt, dem kann ich nur empfehlen, bewirb dich selbst für eine EU-Mission und erlebe, wie die Arbeit in Ländern stattfindet, wo ethnische Konflikte täglich spürbar sind, wo die Gegensätze zwischen Arm und Reich mit Hartz IV nicht vergleichbar sind, wo Brüssel weit entfernt ist, die Amerikaner ständig mitmischen, häufig die Menschen keine Perspektive sehen.

Andreas Schuster

## HILFE

# Brückenschlag zwischen den Menschen

Humanitäre Hilfe ist ein Brückenschlag zwischen den Menschen, ein bedeutsames Zeichen, dass man Interesse an deren Schicksal hat, sie aufmuntert weiter zu kämpfen gegen Lethargie und Verharmlosung. Daher haben POM Barthold und ich vom HOD (Hausordnungsdienst) an der Deutschen Botschaft in Skopje/Mazedonien, in Bitola in einem Waisenhaus für Säuglinge und Kleinkinder eine privat organisierte Spende an die Heimleiterin überreicht. Eine in deutschen Kindergärten durchgeführte Spielzeug- und Kleiderspende konnte im Rahmen einer kleinen Feierstunde an das einzige Heim dieser Art in Maze-

Niemand weiß, was denn eigentlich mit dem Kosovo passiert. Derzeit gehört der Kosovo zu Serbien unter UN-Mandat. Serbien möchte den Kosovo zurück. Dagegen wehren sich jedoch die Kosovaner mit Händen und Füßen. Variante zwei ist, dass der Kosovo Albanien angegliedert wird. Das wollen die Kosovaner aber auch nicht, weil sie sich als Albaner 1. Klasse betrachten und die Albaner in Albanien für sie Albaner 2. Klasse sind. Sie möchten eigenständig sein; können es aber nicht wegen der geringen Bevölkerungszahl, einer am Boden liegenden Industrie und einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 75 Prozent. Die Frage ist, was passiert, wenn sich nach 2006 die EU im Bereich der Polizei aus dem Kosovo zurückzieht? Ich befürchte, dass erneut ethnische Konflikte ausbrechen und bis dahin moslemische Strukturen aufgebaut werden, die weit reichende Wirkung auf Europa haben. Umso wichtiger ist, dass es – auch mit Unterstützung der Brandenburger – vielleicht in Mazedonien gelingt, den Menschen dort in Europa eine Zukunft zu geben.

Andreas Schuster

donien übergeben werden. Hier ging es um schnelle Hilfe in einem von vielen Menschen schon wieder vergessenen Teil der Welt, in dem immer noch Hilfe geleistet werden muss – eine Art Selbstverpflichtung ohne jegliche Ausgrenzung.

PHM Udo Paul

Wie ehrlich dankbar die Mitarbeiter und Kinder waren, und wie wichtig ihnen die Spende ist, zeigt das Dankschreiben vom Säuglings- und Kleinkinderheim in Bitola an die Deutsche Botschaft:

Es ist für uns eine große Ehre und Freude, dass Sie unserer Einrichtung, die sich um elternlose



**Kleidung und Spielzeug gingen an das Kinderheim in Bitola (v. l. n. r.: POM Barthold, Leiterin des Kinderheimes Elizabeta Taleska, PHM Udo Paul, Übersetzerin Frau Ilieva)**  
Foto: privat

Kinder und Kinder ohne elterliche Fürsorge kümmert, in einem Teil Ihrer wertvollen Zeit Aufmerksamkeit und Energie gewidmet haben.

Insbesondere möchten wir Ihnen danken, dass Sie den Wunsch und das Interesse hatten, einige Bedürfnisse der kleinen Kinder durch Ihre Spende zufrieden zu stellen – ein Beweis für Ihre innere Größe, Ihren Mut, Ihre Humanität und Güte.

Wir danken Ihnen für Ihre Humanität und das Gefühl von Liebe und Verantwortung, das dabei hilft, eine kleine Verände-

rung in das Leben der Kinder unserer Einrichtung zu bringen, die für ihre Entwicklung jedoch von wesentlicher Bedeutung ist.

Diese Zusammenarbeit ist wie ein kleiner, fester Stein, der den Lauf des Flusses ändert und Hoffnung auf eine weitere Zusammenarbeit aufkommen lässt, stark genug, um dem alltäglichen Lebensstrom in unserem Heim, aber auch in Ihnen selbst einen anderen Lauf zu geben.

**JU Säuglings- und Kleinkinderheim,  
Direktor, Elizabeta Taleska**

## **Bildungsurlaubsseminare November/ Dezember 2004**



**DGB BILDUNGSWERK**

**Hitler und die Deutschen: „Nationale Wiedergeburt“, Holocaust und Umgang mit der NS-Vergangenheit (mit Besuch der Erinnerungsstätte Villa ten Hompel in Münster)**  
**Termin: 7.-12.11.2004**  
**Kostenbeteiligung: 110 Euro**

**Bullenschweine, Ausländer und Juden raus! – Von der Verrohung der Sprache zu politischem Extremismus und Gewalt (mit Besuch der Alten Synagoge in Wuppertal)**  
**Termin: 5.-10.12.2004**  
**Kostenbeteiligung: 100 Euro**

**Diktatur des Proletariats – Planwirtschaft Demokratie des Markts: Warum ist der Sozialismus bankrott und der Kapitalismus übrig geblieben?**  
**Termin: 21.-26.11.2004**  
**Kostenbeteiligung: 100 Euro**

**Politische Bescherung – Was passiert(e) weshalb im Superwahljahr 2004/2005?**  
**Termin: 12.-17.12.2004**  
**Kostenbeteiligung: 100 Euro**

**Zwischen Egoismus und Gemeinsinn: Wertewandel, soziale Milieus und gesellschaftlicher Zusammenhalt heute**  
**Termin: 28.11.-3.12.2004**  
**Kostenbeteiligung: 100 Euro**

Die Anerkennung dieser Seminare nach den Bildungsurlaubsgesetzen der Länder bzw. nach der Sonderurlaubsverordnung liegt vor.  
Anmeldungen an:  
DGB-Bildungszentrum,  
Am Homberg 46-50,  
45529 Hattingen  
Telefon: 02324-508-0,  
Telefax: 02324-508-430  
E-Mail: hattingen@dgb-bildungswerk.de





## Neue Arbeitsstättenverordnung in Kraft

**Am 25. August diesen Jahres trat nach monatelangen, zum Teil kontrovers geführten Diskussionen die neue Arbeitsstättenverordnung in Kraft (BGBl 2004, I S. 2179). Die Bundesregierung, voran ihr Arbeits- und Wirtschaftsminister Clement, reduzierten die Verordnung weitgehend auf unbestimmte Rechtsbegriffe und verliehen damit den Boden des bisher Erreichten.**

Mit diesem Frontalangriff auf einen der Kernbereiche des deutschen Arbeitsschutzes katapultierte die Bundesregierung die Ergebnisselanger und oft zäher Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf ein Niveau von vor Jahrzehnten zurück.

Insbesondere die angeblich hohen Belastungen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch

- die Inflexibilität der gesetzlichen Regelungen bei der Umsetzung der arbeitsschutzrechtlichen Vorgaben,
- einen zu hohen Detaillierungsgrad der Vorschriften und
- Regulierungen, die nur einen geringen Bezug zu den Schutzbedürfnissen der Arbeitnehmer hätten,

waren angeblicher Anlass für diesen so genannten Bürokratieabbau.

Dieser schlägt sich u.a. insbesondere in einer im alten Recht nicht enthaltenen Öffnungsklausel nieder, welche die Behörden bei Arbeitgeber-Anträgen auf Ausnahmen verpflichtet, die „Belange der kleineren Betriebe besonders zu berücksichtigen“.

Weitere Beispiele:

- Waren bisher für mehr als fünf

Beschäftigte nach Geschlecht und von Kundenbenutzung getrennte Toilettenräume vorgeschrieben, müssen diese jetzt nur noch abschließbar sein und über eine ausreichende Zahl von Toilettenbecken und Handwaschbecken verfügen.

- Feste Werte für die Grundfläche der Arbeitsräume, des vorhandenen Luftraums oder der Umgebungstemperaturen gehören ab sofort der Vergangenheit an. Die Raumtemperatur muss nur noch „gesundheitlich zuträglich“ und die vorhandene Luft „ausreichend gesundheitlich zuträglich“ sein.

Die so genannten Arbeitsstätten-Richtlinien, welche die allgemein gehaltenen Vorschriften der bisherigen Verordnung kon-

kretisiert haben, wurden bislang vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit unter Beteiligung der Verbände sowie der Länder erlassen. Zuständig ist neuerdings ein neu geschaffener Ausschuss für Arbeitsstätten (AfA) der wie folgt besetzt ist:

- zwei Vertreter private Arbeitgeber,
- ein Vertreter öffentliche Arbeitgeber,
- drei Vertreter der zuständigen Landesbehörden,

arbeiten. Kommt er bis spätestens Herbst 2010 diesem Auftrag nicht nach, fallen die Richtlinien ersatzlos weg.

Wenngleich die Interventionen der Gewerkschaften in vielen Bereichen unberücksichtigt blieben, konnte in einem wesentlichen Punkt ein deutlicher Erfolg verbucht werden: Hinsichtlich der Bänkebesetzung waren ursprünglich sechs Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer vorgesehen. Das hätte eine Abkehr vom bislang praktizierten paritätischen Mehrheitssystem bedeutet. Hier konnten die Gewerkschaften überzeugen und die Arbeitgebervertreter auf drei Sitze herunter verhandeln. Damit besteht die realistische Möglichkeit, über die Schaffung von Arbeitsstättenrichtlinien wichtige Korrekturen anzubringen.

Abschließend sei – um politischen Missverständnissen vorzubeugen – noch bemerkt, dass die Neufassung der Arbeitsstättenverordnung mit ihren ganzen für den Arbeitsschutz negativen Auswirkungen zwar der rot-grünen Bundesregierung angelastet werden muss. Hätten sich allerdings die Oppositionsparteien, voran die bayerische CSU, durchgesetzt, wäre die letzte Stunde des Arbeitsschutzes gerade angebrochen.

hjm



**Es liegt noch etliches im Argen mit dem Arbeitsschutz. Und darum wird das Thema den Gewerkschaften noch lange Zeit als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erhalten bleiben. Z. B. Büroplätze – speziell Computerarbeitsplätze – sind noch längst nicht überall so eingerichtet, dass sie nicht gesundheitsschädigend wirken.**  
Foto: GdP

- drei Vertreter Gewerkschaften,
- drei Vertreter Unfallversicherungsträger,
- drei Vertreter Wissenschaft.

Der AfA hat u. a. die Aufgabe, diese Richtlinien neu zu über-

# Scheidungsäter – besser als ihr Ruf?

„Familie ist, wo Kinder sind“ und „Familie ist, wo aus einem Kühlschrank gegessen wird“: Mit griffigen Formeln bemühen sich Politiker um Definitionen, die auch Formen des Zusammenlebens jenseits der Ehe einbeziehen. Auch Alleinerziehende oder nicht verheiratete Eltern sollen als gleichwertige „Familien“ anerkannt werden. Das ist gut gemeint, ignoriert aber die Gruppe der Trennungsväter: Auch jene Männer, die nach einer Scheidung vielleicht nicht mehr täglich mit ihren Kindern essen (können), betrachten sich weiterhin als Teil eines gemeinsamen Familiensystems. Doch manche von ihnen fühlen sich ausgegrenzt, zu reinen Zahlvätern degradiert – und geraten in eine tiefe persönliche Krise. Ihnen möchte Gerhard Amendt, Geschlechterforscher an der Universität Bremen, eine Stimme geben. Mit einer groß angelegten Untersuchung (siehe Kasten) setzte er sich zum Ziel, „was auch in der Wissenschaft bisher versäumt wurde: unvoreingenommen anzuhören, was Männer über ihre Probleme als Scheidungsäter zu berichten haben“.

Das als Buch vorliegende Ergebnis von Amendts Recherche ist keine knochentrockene Faktensammlung, sondern lässt in ausführlichen Einzelschilderungen die Betroffenen zu Wort kommen. Da ist die Rede von einer Scheidung per Fax, von deprimierenden Gerichtsurteilen, von Kindern, die nicht mehr zu Besuch kommen wollen, vom sauren Beigeschmack eines Le-

**Über Männer, die getrennt von ihren Kindern leben, kurieren viele Vorurteile: Scheidungsäter kümmern sich nicht um ihren Nachwuchs, sie übernehmen keine Verantwortung, sie zahlen keinen Unterhalt. Eine neue Untersuchung des Bremer Soziologen Gerhard Amendt zeichnet ein vielfältiges Bild jenseits der gängigen Klischees.**

bens als sonntäglicher „Sugar-daddy“. Diese Geschichten kommen bewusst „einseitig“ daher; sie lösen vor allem deshalb Erstaunen und Widerstände aus, weil sie aus männlicher Perspektive bisher kaum öffentlich erzählt wurden. „Das wenige, was wir von Scheidungsätern wissen, ist nicht selten von Vorurteilen geprägt“, glaubt Amendt. Ihm zufolge hat das Bild des getrennt lebenden Mannes, der seine Kinder weder finanziell unterstützt noch sich anderweitig für sie interessiert, mit der Wirklichkeit wenig zu tun. In seinen Interviews ist er aber auch auf Väter gestoßen, die den Kontakt aus eigenen Stücken vollständig abgebrochen haben. Bei vielen Betroffenen stelle sich nach einer Trennung „das bedrückende, wenn nicht sogar beschämende Gefühl ein, gescheitert zu sein. Was früher selbstverständlich war, als Vater geliebt und geachtet zu werden, gilt plötzlich nicht mehr.“

Bei den meisten der für die Studie interviewten Männer ist eine tiefe Kränkung spürbar.

Dass ihre Ex-Frauen sie gegenüber den gemeinsamen Kindern als überflüssig darstellen, erleben sie als „niederschmetternde Abwertung, die ihr Selbstwertgefühl verletzt“ und als „rückwirkende Aberkennung ihrer Bedeutung in der Familie“. Die Väter fühlen sich von ihren Ex-Partnerinnen nachträglich für die Trennung bestraft. Sie beschreiben „die Situation nach der Scheidung oftmals als dermaßen verfahren, dass sie lieber auf ihr Kind verzichten als mit ansehen zu müssen, wie es in den Konflikten der Erwachsenen als Waffe eingesetzt und letztlich zerrieben wird.“

## Neue Gesetzesregelung

Dass der gemeinsame Nachwuchs dauerhaft zum Zankapfel einer zerrütteten Beziehung wird, ist glücklicherweise kein Massenphänomen. Die von Amendt herausgestellten Beispiele sind Extreme. Von den Jahr für Jahr rund 200 000 Scheidungen in Deutschland sind gut

## Die Studie

Gerhard Amendt, Professor für Soziologie und Direktor des Instituts für Geschlechter- und Generationenforschung (IGG) an der Universität Bremen. An der IGG-Untersuchung waren 3 600 geschiedene Väter beteiligt, die persönlich interviewt wurden oder zumindest einen Fragebogen ausfüllten. Sechzehn Fälle werden in dem Band „Scheidungsäter“ ausführlich dokumentiert. Dem Autor zufolge handelt es sich um die erste große Studie, die sich für männliche Sichtweisen auf das Thema Scheidung und deren Folgen für die Kinder überhaupt interessiert.

Gerhard Amendt: Scheidungsäter, Ikarus-Verlag, Bremen 2004, 240 Seiten, 21,50 Euro.

[www.igg.uni-bremen.de](http://www.igg.uni-bremen.de)

oder [www.igg.uni](http://www.igg.uni)

E-Mail: [igg@uni-bremen.de](mailto:igg@uni-bremen.de)

150 000 Kinder betroffen, und in weit überwiegender Zahl finden die getrennt lebenden Eltern ein halbwegs zufriedenes stellendes Arrangement. Das seit 1998 gültige neue Kindschaftsrecht hat dabei zu einer gewissen Entspannung beigetragen. Drei Viertel aller Eltern behalten seither nach der Trennung das gemeinsame Sorgerecht, das der Gesetzgeber nunmehr als Regelfall vorsieht. Scheidungsjuristen berichten,



Foto: ddp

dass sich dadurch die viel beklagte schlechte Zahlungsmoral der Männer beim Unterhalt deutlich verbessert habe (siehe Interview). Auf den guten Willen der Mütter angewiesen sind allerdings weiterhin die nicht-ehelichen Väter: Ohne weibliche Zustimmung erhalten sie kein Sorgerecht, eine Regelung, die von Interessenverbänden wie dem „Väteraufbruch für Kinder“ heftig kritisiert wird.

Die Gesetzesreform richtete das Augenmerk auf das „Kindeswohl“: Nicht mehr aus der Perspektive der Erwachsenen, sondern aus der Sicht der Jungen und Mädchen sollen die Familienrichter urteilen – und berücksichtigen, dass Kinder beide Elternteile für ihre Entwicklung brauchen. Doch mit dieser Vorgabe ist das Recht weiter als die streitenden Ex-Paare. Noch immer gibt es Mütter, die alle juristischen Register zu ziehen versuchen, um den Nachwuchs dem Vater zu entziehen – und dabei sogar vor dem (häufig unbewiesenen) Vorwurf des sexuellen Missbrauchs nicht zurückschrecken. Umgekehrt gibt es weiterhin Väter, die einfach verschwinden, ihre Kinder vergessen – und darunter auch keineswegs leiden.

Letztere, die dem gängigen Vorurteil entsprechen, kommen in Gerhard Amendts parteilicher Studie nicht vor. Dem Bremer Soziologen ging es vorrangig darum, auf die Sorgen und Nöte von Männern nach der Trennung aufmerksam zu machen. Gemeinsames Ziel aller Beteiligten und ihrer publizistischen Beobachter aber sollte es sein, für gegenseitiges Verständnis zu werben statt die alten Geschlechterkämpfe fortzuführen – und die Streitenden zu ermuntern, auch nach dem Ende einer Partnerschaft gemeinsam Eltern zu bleiben. Das ist auch das Anliegen Amendts, der im Vorwort seines Buches die Hoffnung formuliert, dass seine „Einblicke in die Welt von Scheidungsvätern nicht nur Erstaunen auslösen, sondern auch den Willen stärken, mit Scheidungskonflikten generell offener umzugehen“.

**Thomas Gesterkamp**

### Kontakt

Der „Väteraufbruch für Kinder“ ist die größte bundesweite Vätervereinigung mit rund 150 Kontaktstellen und 65 regionalen Gruppen. Er wurde 1988 von Trennungsvätern gegründet, beschäftigt sich aber auch mit anderen väterpolitischen Anliegen. Bundesvorsitzender: Rüdiger Meyer-Spelbrink, Telefon 06627-9150434. Internet: [www.vafk.de](http://www.vafk.de) E-Mail: [info@vafk.de](mailto:info@vafk.de)

Im Umfeld des „Väteraufbruchs“ entstand die Zeitschrift „Paps – Die Welt der Väter“, die detailliert über das Thema „Väter nach der Trennung“, aber auch über alle anderen Facetten von Väterlichkeit berichtet. Die Zeitschrift erscheint vier Mal im Jahr bei Velber im OZ-Verlag Freiburg, Telefon: 0761-70578-0, E-Mail: [paps@oz-bpv.de](mailto:paps@oz-bpv.de)

### Weitere Literatur zum Thema „Scheidungsväter“

Hans-Jürgen Andreß u. a.: Wenn aus Liebe rote Zahlen werden. Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2003.

Karin Jäckel: Mein Kind gehört auch zu mir. Handbuch für Väter nach der Trennung. Campus Verlag, Frankfurt 1999.

Thomas Gesterkamp: „Gutesleben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe“, Klett Cotta 2002 und „Hauptsache Arbeit? – Männer zwischen Beruf und Familie“ (mit Dieter Schnack), Rowohlt 1998.

Michael Matzner: Vaterschaft heute. Klischees und soziale Wirklichkeit. Campus Verlag, Frankfurt 1998.

## Väter fühlen sich abgedrängt

Interview mit Ulrike Fischer, Rechtsanwältin und Mediatorin, spezialisiert auf Scheidungsfälle.

### Die traditionelle Rechtsprechung räumt den Müttern eine mächtige Position im Trennungsfall ein. Haben Scheidungsväter Grund zur Klage?

Entscheidend ist, was dem „Wohl des Kindes“ entspricht. Damit ist nicht von vorne herein gemeint, dass dieses Wohl bei der Mutter am besten gewahrt ist. Es gibt auch Fälle, wo das Gericht es für besser hält, wenn das Kind beim Vater lebt. Das hängt davon ab, wie die Kinder mit den Eltern zu Zeiten der Ehe gelebt haben – meist sind die Kinder von ihrer Mutter betreut worden. In manchen Fällen allerdings wird ihr das Kind automatisch zugesprochen, obwohl die Arbeitsteilung zwischen den Eltern keineswegs eindeutig geregelt war. Das hat sicher mit dem herkömmlichen Denken zu tun. Natürlich kann es vor Gericht nicht reichen zu sagen: Weil die Mutter eine Frau ist, ist das Kind dort am besten aufgehoben. Ich habe früher Entscheidungen erlebt, über die ich mich sehr geärgert habe, weil sie einem konservativen Geschlechterbild verhaftet waren.

### Seit 1998 gilt die gemeinsame Sorge nach Scheidung als Regelfall. Was hat sich in den rechtlichen Auseinandersetzungen verändert?

Meine Erfahrung ist, dass die Richter wegen solcher Rechtsstreitigkeiten weniger angerufen werden. Seit die gemeinsame Sorge Regelfall ist, muss begründet werden, warum die alleinige Sorge begehrt wird. Wenn die gemeinsame Sorge vereinbart ist, sind die Väter eher bereit, Unterhalt für ihre Kinder und auch für die Ehefrau zu zahlen. Sobald es Streit darum gibt, finden auch viel häufiger Auseinandersetzungen um den Unterhalt statt.

### Amendts neue Studie beschäftigt sich ausführlich mit jenen Scheidungsvätern, die den Kontakt zu ihren Kindern bewusst abbrechen. Haben Sie dafür Verständnis?

Ich habe das auch schon von

Vätern gehört, die gesagt haben: Das ist für die Kinder so anstrengend, die Auseinandersetzungen zwischen den Eltern mitzerleben, dass ich sie davon verschonen will. Ich kann die Väter verstehen, die müde und erschöpft sind, weil sie immer wieder die Tür vor der Nase zugeschlagen bekommen. Der Vater zieht aus der Wohnung, wo die Familie gelebt hat, so wird die Trennung herbeigeführt. Er ist dann verbittert und sagt: Ich bin der einzige Leidtragende aus dieser Trennung, ich habe meine Wohnung aufgegeben, muss Unterhalt zahlen – und noch darum betteln, mit meinen Kindern zusammen zu sein.

Wenn mir Väter sagen, sie wollen deshalb den Kontakt abbrechen, versuche ich mit ihnen darüber zu reden, was es für Kinder heißt, wenn der Vater sich ganz zurückzieht. Ich weiß, dass das manchmal viel verlangt ist.

### Sie sind neben Ihrer Tätigkeit als Rechtsanwältin auch als Mediatorin tätig. Was bedeutet das, und welche Erfahrungen machen Sie?

Mediation ist eine Art des Umgangs mit Konflikten: Man kann, statt vor Gericht zu gehen, zum Mediator oder zu einer Mediatorin gehen. Dann setzt man sich an einen Verhandlungstisch und verhandelt so lange, bis man eine Lösung gefunden hat, die beiden Parteien gerecht wird. Die Mediatoren sind praktisch neutrale in dieser Verhandlung, sie assistieren den beiden Konfliktparteien dabei, zu einer Lösung zu kommen. In den meisten Fällen wird durch eine solche Mediation ein Gerichtsverfahren vermieden. Die Mediation endet damit, dass die Eltern einen Vertrag machen, in dem sie ihre strittigen Punkte regeln. Kontakt: Ulrike Fischer, Rechtsanwältin und Mediatorin Telefon: 0221-723079 E-Mail: [rechtsanwaeltin.fischer@t-online.de](mailto:rechtsanwaeltin.fischer@t-online.de)

*Das Interview führte Thomas Gesterkamp*







## Urteile

### **Arbeitszeit: Keine Nachzahlung wegen zuviel geleisteter Arbeit**

Ein Beamter, der aufgrund eines Irrtums über die vorgeschriebene Arbeitszeit zuviel Dienst verrichtet hat, kann hierfür grundsätzlich keinen Geldausgleich verlangen. So entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz. Der aus Rheinhessen stammende Beamte war von 1992 bis 2001 im Geschäftsbereich des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen im Gebiet der früheren DDR eingesetzt. Aufgrund einer unrichtigen Auslegung der Arbeitszeitschriften des Einigungsvertrages hatte er dort 40 Wochenstunden anstatt der ei-

gentlich vorgeschriebenen 38,5 Wochenstunden Dienst zu leisten. Den Antrag des mittlerweile in den Ruhestand getretenen Beamten, ihm für die neun Jahre währende Mehrarbeit einen Geldausgleich zu zahlen, lehnte der Dienstherr ab. Die Klage des Beamten blieb schon in erster Instanz vor dem Verwaltungsgericht Mainz erfolglos, und ebenso entschied jetzt auch das Oberverwaltungsgericht.

Ein Geldausgleich für zuviel geleistete Arbeit sei in Fällen der hier vorliegenden Art gesetzlich nicht vorgesehen, argumentierten die Richter. Vielmehr hätte der Beamte Rechtsschutz gegen die (objektiv) rechtswidrige Heranziehung zur Dienstleistung in Anspruch nehmen können und müssen. Grundsätzlich könne Dienst mit einer rechtswidrig festgesetzten Wochenstundenzahl auch durch eine angemessene Dienstbefreiung abgegolten werden. Daraus folge aber nicht,

dass einem Beamten, der wegen seines Eintritts in den Ruhestand einen solchen Freizeitausgleich nicht mehr verwirklichen könne, deshalb eine Geldentschädigung zustehe. Der Betroffene müsse dann vielmehr hinnehmen, dass die zuviel geleistete Arbeit ohne Ausgleich bleibe.

### **Gegen die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gibt es kein weiteres Rechtsmittel.**

**Beschluss vom 6. August 2004, Az.: 10 A 10906/04.OVG**

*Quelle: OVG-Pressemeldung vom 18.8.2004*

## §

### **Polizeirecht: Vollzugsdienstler sollten besonders gut sehen können**

Da der Polizeivollzugsdienst „Tätigkeiten mit sich bringt, die in besonderem Maße körperliche Leistungsfähigkeit erfordern, ist es sachgerecht, bereits vom Polizeibeamten auf Widerruf ein

hohes Maß an körperlicher Eignung zu verlangen“ – andernfalls sie entlassen werden können. Dabei kann sich die mangelnde Eignung auch auf „die Möglichkeit künftiger (hier: Augen-)Erkrankungen beziehen.

**Bundesverwaltungsgericht, 2 B 52/03 W. B.**

## §

### **Altersteilzeit: In der Freistellungsphase weniger Beiträge**

Wer sich in der Altersteilzeit befindet und die Freistellungsphase erreicht hat (in der Regel 2 1/2 bis 3 Jahre vor Altersrentenbeginn), der hat keinen Anspruch auf Krankengeld mehr, wenn Arbeitsunfähigkeit eintreten sollte. Deshalb braucht in dieser Zeit auch nur ein ermäßigter Beitrag an die Krankenkasse abgeführt zu werden.

**Bundessozialgericht, B 12 KR 22/02 R W. B.**

# JUNGE GRUPPE (GdP) sucht neue Wege

**„Wie wollen wir zukünftig die Arbeit der JUNGEN GRUPPE (GdP) auf Länder- und Bundesebene gemeinsam gestalten, damit sie für die Mitglieder noch attraktiver wird?“ – Das war die Frage, die im Mittelpunkt der Fachtagung Jugend vom 18. bis 20. August in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) stand, an der rund 40 Verantwortliche für die JUNGE-GRUPPE-Arbeit teilnahmen.**



**Unkonventioneller Einstieg in die Tagung: Beim Eröffnungstalk zwischen GdP-Bundesvorsitzendem Konrad Freiberg und Bundesjugendvorsitzendem Sascha Göritz trafen Sichten aufeinander, wurde Verständnis füreinander aufgebaut. Beide haben das gleiche Ziel: Die Jugendarbeit in der GdP gemeinsam verbessern.**  
Foto: Behle

Zum Auftakt der Tagung stellte Arthur Fischer, verantwortlich für zwei Shell-Jugendstudien, fünf Thesen auf (nachzulesen unter [www.gdp-junge-gruppe.de](http://www.gdp-junge-gruppe.de)), an denen sich im Nachhinein heftige Diskussionen entfachten. Deutlich wurde dabei, dass junge Menschen sehr wohl politisch interessiert sind; nur ihr Interesse passt sich den geänderten gesellschaftlichen Bedingungen an: Der Begriff Politik ist bei ihnen so negativ besetzt, dass sie nie von sich behaupten würden, politisch zu sein. Dabei wollen sich junge Menschen durchaus engagieren. Sie suchen aber neue und flexiblere Formen für ihre Aktivitäten. Vor allem wollen sie technische

Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, selbst bestimmen, wie sie ihre Aktivitäten angehen und selbst das Ergebnis ihres Engagements einschätzen.

Das alles bedeutet, für die JUNGE GRUPPE (GdP) und für die GdP müssen dringend notwendige Veränderungsprozesse beginnen. Diese bergen nicht nur Risiken – mancher Weg kann sich auch als Irrweg heraus-

stellen -, sondern bringen vor allem auch große Chancen, insbesondere was das gewerkschaftliche Engagement betrifft, mit sich, wenn wir alle bereit sind, uns auf die Veränderungsprozesse einzulassen.

Interessante Erfahrungen, wie die jungen Mitglieder der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) ihre Jugendarbeit veränderten, damit junge Menschen wieder Lust haben mitzumachen, vermittelte die Jugendsekretärin der NGG-Niedersachsen, Nicole Martens: Mit den Mitgliedern über Seminare und Befragungen ins Gespräch kommen, ist wichtig, aber auch einige organisatorische Dinge haben sich bewährt: So fin-

den die Sitzungen der NGG-Niedersachsen und NGG-Nord gemeinsam statt. Und einmal im Jahr tagen alle Bezirke der NGG-Jugend parallel an einem Ort – eine gute Möglichkeit, gemeinsam ins Gespräch zu kommen und Erfahrungen miteinander auszutauschen. Die junge NGG beteiligt sich auch an Aktionen, wie die Job-Parade in Schwerin oder dem Zeltlager der IG-Metall Niedersachsen.

Als Schwerpunktprobleme für die JUNGE GRUPPE (GdP) formulierten die TeilnehmerInnen der Halberstädter Tagung:

- Wie gewinnen wir Aktive?
- Jugendarbeit in der GdP unter veränderten Bedingungen
- zeitgemäße JUNGE-GRUPPE-Kommunikation und Veranstaltungen
- Methoden der Ansprache in den Ausbildungsstandorten
- neue Projekte für die JUNGE GRUPPE vor Ort
- Arbeitsformen

Arbeitsgruppen, die sich auf der Tagung mit den Schwerpunktproblemen beschäftigten, legten erste Ergebnisse vor, die zum Teil bereits auf den Weg gebracht wurden: U. a. könnten künftig intensiver Kommunikationsmöglichkeiten des Internet angeboten werden (z. B. ICQ). Mit einem Konzert wollen sie all jenen Polizistinnen und Polizisten danken, die Jahr für Jahr die Transporte der Castorbehälter schützen. Außerdem wollen sie Publikationen der Bezirke zu einer Infothek zusammenführen, neue Ideen der Ansprache junger Menschen entwickeln und sich für mehr Ausbildungsplätze im Polizeibereich einsetzen.

Darüber hinaus sollen die derzeit gültigen Richtlinien für JUNGE GRUPPE überarbeitet werden, um neue, offenere Arbeitsformen zu ermöglichen,

Auch untereinander verabreden die TeilnehmerInnen neues. So wollen sich Landesbezirke über ihre an den Fachhochschulen eingesetzten Materialien austauschen, andere werden ihre Landesjugendvorstandssitzungen zeitlich parallel an einen Ort legen. Und zwei Landesbezirke werden gemeinsam ihre „JUNGE GRUPPE vor Ort“ aktivieren. **Marc Behle**

## POLIZEILICHER SCHUSSWAFFEN- GEBRAUCH

### Kein Widerspruch

**Nur 0,9 Prozent aller Schüsse aus Dienstwaffen der Polizei waren im Jahr 2003 auf Personen gerichtet (2002: 1,0 Prozent). Dieser leichte Rückgang steht nicht im Widerspruch zu der von der GdP immer wieder beklagten Zunahme der Gewaltbereitschaft gegen Polizistinnen und Polizisten. Auf Medienanfragen erklärte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg, die große Zurückhaltung beim Schusswaffengebrauch sei neben hohem Verantwortungsbewusstsein auch Ausdruck professionellen Einschreitens.**

Medienvertreter hatten bei der GdP nachgefragt, wie sich der beschriebene Rückgang des Schusswaffengebrauchs gegen Personen angesichts des ständig behaupteten Zuwachses an Aggressionen gegenüber Polizistinnen und Polizisten erklären lasse. Dabei stellt sich diese Fragestellung in dieser absoluten Form gar nicht. Denn nur ein kleiner Teil von Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamtinnen und -beamte rechtfertigt überhaupt den Schusswaffengebrauch als letztes Mittel; hinzu kommt, dass Aus- und Fortbildung intensiv den Gesichtspunkt der Eigensicherung berücksichtigen (sollen!), d. h., es wird möglichst so eingeschritten, dass die Chancen eines Angriffs auf die Einsatzkräfte von vornherein als aussichtslos eingeschätzt werden.

Ein Phänomen stellt die Zunahme des Schusswaffengebrauchs gegen gefährliche, kranke oder verletzte Tiere dar. Hier stieg die Fallzahl von 4.486 auf 5.440. Womit dieser erhebliche Anstieg zusammenhängt, ist nicht bekannt.

W. D.







# Mehr Steuern für Rentner und Pensionäre

**Rentner und Pensionäre müssen ab 1. Januar 2005 mehr Steuern zahlen. Das sieht das Alterseinkünftegesetz vor, das nach einem Vermittlungsverfahren im Juni 2004 vom Bundesrat abgesegnet worden ist.**

Weil die bestehende unterschiedliche Besteuerung von Beamtenpensionen und Sozialversicherungsrenten nicht mit dem Gleichheitssatz des Gesetzgebers vereinbar ist, hat das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 6. März 2002 dem Gesetzgeber aufgegeben, eine Neuregelung der Besteuerung der Renten und Pensionen vorzunehmen. Mit dem „Gesetz zur Neuordnung der einkommenssteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen“ beginnt nun der Angleichungsprozess. Dafür erfolgt in der Rentenbesteuerung ein Systemwechsel hin zur nachgelagerten Besteuerung. In Schritten werden die Altersbezüge versteuert, die Beiträge zur Altersvorsorge werden ebenfalls schrittweise von der Besteuerung freigestellt.

Die Übergangsphase dauert für die volle Besteuerung der Renten bis 2040, für die steuerliche Entlastung der geleisteten Altersvorsorgebeiträge bis 2025.

Im Einzelnen sieht das Alterseinkünftegesetz vor:

## Renten

• Mit Beginn des Jahres 2005 wird durch Änderung des § 22 Einkommenssteuergesetz (EStG) die bisherige Ertragsanteilsbesteuerung abgelöst durch eine tarifliche Besteuerung von 50 Prozent des Jahresbetrages der Rente. Dieser Anteil der Rente steigt bis 2020 jährlich um 2 Prozentpunkte, danach bis 2040 um jährlich 1 Prozentpunkt, so dass in 2040 die Besteuerung der Renten zu 100 Prozent erfolgt.

Bemessungsgrundlage für den Besteuerungsanteil der Rente ist das jeweilige Rentenbeginnjahr. Der Unterschiedsbetrag zwi-

So werden die Versorgungsfreibeträge und Zuschläge abgeschmolzen:

Jahr	Versorgungsfreibetrag		Zuschlag	
	in %	Höchstbetrag in Euro	in Euro	
2005	40	3 000	900	
2010	32	2 400	720	
2020	16	1 200	360	
2030	8,0	600	180	
2040	0,0	0,0	0,0	

schen dem Jahresbetrag der Rente des dem Rentenbeginn folgenden Jahres und dem der Besteuerung unterliegenden Anteil der Rente ist der steuerfreie Teil der Rente (persönlicher Freibetrag). Dieser gilt ab dem Jahr, das dem Rentenbeginnjahr folgt. Er gilt für die gesamte Laufzeit des Rentenbezugs. Anpassungen der Renten führen infolgedessen nicht zu einer Neuberechnung des steuerfreien Teils der Rente.

### Beispiel:

• Bei einem Rentenbeginn in 2005 mit 1 000 Euro Rente beträgt der steuerfreie Rentenanteil 50 Prozent. Der Jahresbetrag der Rente steigt infolge einer Anpassung in 2006 auf 12 200 Euro. Der persönliche Freibetrag stellt sich somit auf 6 100 Euro (=12 200 Euro x 0,5) ein. Beträgt die Rente in 2020 15 000 Euro sind 8 900 Euro zu versteuern (15 000 Euro minus 6 100 Euro). Der steuerfreie Anteil ist auf 40,67 Prozent gesunken. Berechnungen haben ergeben, dass ein alleinstehender Rentner in 2006 ab einer Rente von jährlich 18 893 Euro Steuern zahlen muss (nach dem Einkommenssteuerrecht 2004 hätte er erst ab 42.640 Euro Steuern zahlen müssen).

• Die Aufwendungen zur Al-

tersvorsorge werden ab 2005 steuerlich entlastet, und zwar bis zu einem Höchstbetrag von 20 000 Euro. Zu Beginn wird die steuerliche Entlastung für Vor-

**Versorgungsfreibetrag**  
bis 2020 um 120 Euro jährlich  
2020 bis 2040 um 60 Euro jährlich

**Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag**  
bis 2020 um 36 Euro jährlich  
2020 bis 2040 um 18 Euro jährlich

Wie bei den Renten wird für jeden Pensionsjahrgang der persönliche Versorgungsfreibetrag (gültig für die gesamte Laufzeit des Versorgungsbezugs) aus der Tabelle ermittelt. Bemessungsgrundlage dafür ist bei bestehenden Versorgungsbezügen das 12-fache des Versorgungsbezugs für den Januar 2005 zuzüglich zustehender Sonderzahlungen im Kalenderjahr. Bei künftigen Versorgungsempfängern ist die Bemessungsgrundlage das 12-fache des Versorgungsbezugs für den ersten vollen Monat, ebenfalls zuzüglich zustehender Sonderzahlungen.

Regelmäßige Anpassungen der Versorgungsbezüge führen nicht zu einer Neuberechnung.

Ein allein stehender Pensionär muss nach vorliegenden Berechnungen nur dann Einkommensteuer auf seine Versorgungsbezüge zahlen, wenn diese 12 936 Euro überschreiten.

## Pensionen

Der bisherige Versorgungsfreibetrag in Höhe von 40 Prozent der Pensionsbezüge, höchstens jedoch 3 072 Euro jährlich, wird durch Änderung des § 19 EStG in 2005 zunächst auf 3 000 Euro abgesenkt. Zugleich entfällt der bisherige Arbeitnehmerpauschbetrag in Höhe von 1 044 Euro. Stattdessen gelangt wie bei den Renten ein Werbungskostenpauschbetrag von 102 Euro zur Anwendung. Als Ausgleich für diese Änderung wird ein Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag von 900 Euro jährlich gewährt.

Versorgungsfreibetrag und Zuschlag zum Versorgungsbeitrag werden in Stufen abgebaut:

In 2040 werden Rentner und Pensionäre auf der Basis des Einkommenssteuerrechts 2005 eine steuerunbelastete Rente und Pension von jeweils 12 043 Euro haben.

Der Traum, mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts werden die Versorgungsempfänger endlich steuerlich entlastet, ist zerplatzt. In diesem Prozess sind jedoch die Rentner die eigentlichen Verlierer, denn sie müssen aus Gleichbehandlungsgründen künftig mehr Steuern zahlen. Daher ist bereits jetzt abzusehen, dass Rentner gegen die Regelung, dass steuerbelastete Beiträge zur Altersvorsorge in der Übergangsphase erneut steuerlicher Belastung unterliegen, klagen werden. **HJA**



## Auf ein Wort

# „Aktivprogramm Senioren“ gestartet: Mitmachen ist gefragt

**Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,**  
die Zahl derer, die über 60 Jahre alt sind, wächst in unserem Land ständig. Das gilt auch für die Mitgliedschaft der GdP. Auch hier nimmt der Anteil der Senioren beständig zu.

Merkwürdig aber ist, dass nach wie vor das überwiegende Interesse von Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft jungen Menschen gilt. Wir Alten – so mein Eindruck – sind für sie nicht attraktiv genug.



**Heinz Blatt**

Vielleicht hängt das mit dem Begriff „Senioren“ zusammen. Damit verbindet sich die Vorstellung von gebrechlichen, hilfsbedürftigen Menschen oder von einer Lebenssituation, mit der man sich nur ungern auseinandersetzt.

Das ist völlig falsch, weil auf diese Weise ein Teil der Lebenswirklichkeit ausgeblendet wird. Mehr noch: Diese Haltung ignoriert auch die Interessenlage der älteren Generation, die ihr Leben aktiv und eigenständig gestalten will und kann.

Andererseits bedeutet dies aber auch: Sich einbringen in die Aktivitäten. Also: Raus aus der Zuschauerrolle! Seniorinnen und Senioren verfügen über ein großes Wissenspotential, haben ein riesiges Spektrum an Fähigkeiten. Das alles kann und muss man in eine gemeinsame sinnvolle und sinngebende Freizeitgestaltung einbringen.

Mit dem „Aktivprogramm Senioren“ wollen wir, der Bun-

deseniorenvorstand der GdP, euch Anregungen geben, wie ihr die Zeit des Ruhestandes möglichst aktiv gestalten könnt. Wie ihr gemeinsam mit anderen diesen Lebensabschnitt als eine neue Herausforderung annehmen und erleben könnt. Es lohnt sich: Immerhin beträgt die nachberufliche Lebensphase 20 bis 30 Jahre.

Sich „Einbringen in die Aktivitäten“, also mitmachen, können im Übrigen nicht nur Pensionäre, willkommen sind auch Kolleginnen und Kollegen, die noch im aktiven Dienst stehen. Ich glaube, mit zunehmendem



Alter wird einem die Bedeutung einer gut funktionierenden Seniorenarbeit besser bewusst, weil der Übergang von der aktiven Dienstzeit zum Pensions- bzw. Rentenalter näher rückt. Das fördert die Bereitschaft, sich mit den Themen dieses neuen Lebensabschnitts auseinander zu setzen. Das fördert zudem die Solidarität zwischen den Aktiven – gerne auch der jüngeren – und den Pensionären und Rentnern.

Je eher man sich der „Konfrontation mit der eigenen Zukunft“ stellt, um so besser.

## Aktivprogramm konkret

Die Betreuung von Mitgliedern, egal ob junge oder alte, ist eine schwierige Aufgabe. Immer wieder stellt sich die Frage: Was können wir tun, um unseren Mitgliedern attraktive und interessante Angebote zu machen? Es ist eben nicht einfach, sich immer wieder etwas Neues einfallen zu lassen.

Was ist uns in den Sinn gekommen?

Zur Umsetzung des „Aktivprogramms“ haben wir in den vergangenen Sommermonaten bundeseinheitliche Multiplikato-

anstehende Probleme sachgerecht zu lösen. Darüber hinaus haben wir unterschiedliche Angebote für Seniorinnen und Senioren entwickelt, die sich an den jeweiligen Schwerpunkten und Interessenlagen der verschiedenen Lebensphasen unserer Mitglieder orientieren. So gesehen, ist das „Aktivprogramm“ nicht nur ein Angebot für die Älteren, sondern in dem bereits geschilderten Sinne auch eine Hilfe für unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen.

Nun sind die Landesbezirke und Bezirke gefordert, dieses Programm vor Ort bekannt zu machen, mit Leben zu erfüllen,

**Multiplikatoren-  
Schulung für das  
Aktivprogramm:  
Die Teilnehmer  
(hier im September in Prieros)  
werden in ihren  
Landesbezirken  
wiederum  
Ansprechpartner  
für Senioren  
schulen.  
Foto:  
Dietmar Michael**

ren-Seminare durchgeführt. Dort sollten die Teilnehmer lernen, wiederum in ihren Landesbezirken Ansprechpartner für Senioren (Abkürzungsamtdeutsch: APS) zu schulen.

Wir haben auch an das entsprechende Handwerkszeug gedacht: Für die Multiplikatoren und „APS“ haben wir eine Arbeitsmappe erstellt. Sie enthält zahlreiche interessante Informationen über die GdP und umfangreiche Unterlagen zum Thema „Vorsorge“, die behilflich sein können, systematisch die richtigen Schritte einzuleiten und

geeignete Ansprechpartner zu gewinnen und auf ihre Aufgabe vorzubereiten.

**Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,**

Seniorenarbeit darf nicht allein Aufgabe der Vorstände sein oder bleiben, deshalb meine Erinnerung an alle GdP-Mitglieder:

Macht mit!  
Bis zur nächsten Ausgabe  
euer

**Heinz Blatt**  
**Vorsitzender der Senioren-  
gruppe Bund**

## 10 Jahre „Süddeutsches Treffen“ der Vorsitzenden der Seniorengruppe

Nun ist es fast schon zur Tradition geworden, dass sich seit 10 Jahren die Vorsitzenden und einer ihrer Stellvertreter der Seniorengruppen der Landesbezirke Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und des Saarlandes turnusmäßig alle zwei Jahre zu einem Gedankenaustausch über die Seniorenarbeit und die gewerkschaftspolitische Situation im Rahmen eines „Süddeutschen Treffens“ zusammenfinden. Diesmal war Ausrichter der Zusammenkunft, die vom 20.-21. Juli 2004 in Brodenbach an der Mosel stattfand, der Landesbezirk Rheinland-Pfalz.

Im Mittelpunkt dieser zweitägigen Arbeitstagung stand die intensive Beratung des „Aktivprogramm Senioren“. Dabei wurden auch Überlegungen angestellt und Vorschläge erarbei-

tet, wie man in Zukunft Länder übergreifend zur Intensivierung der Seniorenarbeit beitragen, und wie das Aktivprogramm Senioren „vor Ort“ wirkungsvoll umgesetzt werden kann.

Dankbar wurde aufgenommen, dass der gastgebende Landesvorsitzende Ernst Scharbach nicht nur die Teilnehmer begrüßte, sondern auch zu aktuellen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Themenbereichen Stellung bezog – so u. a. zur Arbeitslosenhilfe II, zur Kostenexplosion im Gesundheitswesen – und damit verbunden einen Überblick über die Diskussionsvorschläge zu Kopfprämien und zur Bürgerversicherung gab. Seinen Ausführungen schloss sich eine rege Diskussion an.

Aber auch das gesellige Beisammensein kam nicht zu kurz. Bei regionalen Spezialitäten und



Zehntes süddeutsches Treffen der Vorsitzenden der Landes seniorengruppen mit jeweils einem Stellvertreter. Vertreten waren Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Erste Reihe Mitte, der GdP-Landesvorsitzende von Saarland, Ernst Scharbach. Foto: GdP

erlesenen Weinen wurde abends in fröhlicher Runde weiter diskutiert. Übereinstimmend war man der Auffassung, dass diese Arbeitstagung eine gute und für die Seniorenarbeit informative

Zusammenkunft war. Das nächste „Süddeutsche Treffen“ findet vom 6.-7. September 2005 statt und wird vom Landesbezirk Saarland ausgerichtet.

HeBl

## Meine Seniorengruppe – ein Begleiter im neuen Lebensabschnitt

Rostock: Abschied aus dem aktiven Dienst – was wird der neue Lebensabschnitt bringen?

Ein langjähriger Kollegen- und Freundeskreis geht verloren. Was fange ich nun mit der gewonnenen Freizeit an? Falle ich in ein tiefes „Loch“? Fragen über Fragen, die mich zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem aktiven Dienstbetrieb beschäftigen. Dann der 65. Geburtstag. Als Gratulanten erschienen auch der Vorsitzende unserer Seniorengruppe, KG Rostock der GdP, Koll. Hans Wederka und Ehefrau. Ein erster Kontakt war geknüpft. Die Gestaltung der Seniorengruppenarbeit in Rostock wurde kurz umrissen. Es wurde mir die Aufgabenstellung für das Jahr 2004 übergeben. Spontan erklärte ich meine Bereitschaft zur aktiven

Mitarbeit in der Gruppe. Als Gast wurde ich zur nächsten Vorstandssitzung eingeladen und erhielt so einen weiteren Einblick in die Arbeitsweise unseres Vorstandes. Bei diesem persönlichen Kennenlernen der Vorstandsmitglieder hatte ich nun die Möglichkeit, erste Gedanken für meine eigenen Aktivitäten zu erläutern. Ein gemeinsamer Kegelabend, an dem ich mit meinem Ehemann teilnahm, folgte. Für uns ein toller Erfolg! Bei den weiblichen Teilnehmern belegte ich den ersten Platz und mein Ehemann bei den männlichen Teilnehmern den 2. Platz. Unter den Anwesenden herrschte eine aufgeschlossenen und freundschaftliche Atmosphäre: Wir waren „aufgenommen“!

In der Zeit vom 7.6. bis zum 10.6.2004 habe ich dann mit wei-

teren Mitgliedern unserer Seniorengruppe an einer Bildungsreise nach Weimar teilgenommen. Es war eine sehr interessante und eindrucksvolle Reise. Kürzlich habe ich dann mit einem Vorstandsmitglied einem Kollegen unserer Seniorengruppe anlässlich seines 65. Geburtstages die Grüße und Glückwünsche zu seinem Ehrentag überbracht. Verbunden mit einem kleinen Präsent von der Kreisgruppe Rostock der GdP. Am 22. Juli 2004 habe ich mit meinem Ehemann an einem von unserer Seniorengruppe organisiertem Besuch im Köhlerhof „Wiethagen“ teilgenommen. Dort wurde uns sehr anschaulich und informativ die schwere Arbeit der Köhler und Herstellung von Holzkohle und Teer erklärt. Weitere adäquate,

inhaltlich interessante Veranstaltungen hat unsere Seniorengruppe noch für das Jahr 2004 geplant.

Fazit: Meinen Eintritt in die Seniorengruppe kann ich für mich als einen aktiven Neubeginn bewerten. Das gesamte Kollektiv der Gruppe hat mich offen aufgenommen und ich fühle mich dort gut aufgehoben. Somit habe ich einen nahtlosen Übergang in meinen neuen Lebensabschnitt gefunden. Meine Befürchtungen, nach meinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst in ein tiefes Loch zu fallen sind erfreulicherweise nicht eingetreten! Somit kann ich allen Kolleginnen und Kollegen die Beibehaltung der Mitgliedschaft in der GdP nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst und eine den persönlichen Interessen und Vorstellungen entsprechende Mitarbeit in den jeweiligen Seniorengruppen nur empfehlen.

Margund Gebert





## „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“ neu aufgelegt

Änderungen des Beamtenrechts sind in jüngster Vergangenheit an der Tagesordnung. Sie berühren fast die gesamte Bandbreite beamtenrechtlicher Regelungen – von der Besoldung über die Arbeitszeit bis zur Beihilfe. Die aktualisierte Neuauflage des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“ bietet – übersichtlich gegliedert und verständlich geschrieben – Informationen und Hintergrundwissen zu diesen Neuregelungen. Mehr noch: Die sechste, überarbeitete Auflage des Taschenbuches informiert auf 264 Seiten fach- und sachkundig über alle wichtigen Fragen des Beamtenrechts.

**GdP-Mitglieder erhalten das Buch zu einem Vorzugspreis von 5 Euro zzgl. 2 Euro Versandpauschale. Nichtmitglieder zahlen 7,50 Euro zzgl. 2 Euro Versandpauschale.**

**Bestellungen:**  
**per Post:**  
**INFO-Service Öffentlicher Dienst/Beamte, Eisenhüttenstr. 4, 40882 Ratingen**  
**Telefonisch: 0180 535226,**  
**per Fax: 0180 5329226 oder**  
**www.beamten-informationen.de**

## Pressearbeit der Polizei

Dieser Band ist für Praktiker geschrieben und beschreibt das konkrete Wie und Was der polizeilichen Pressearbeit. Er gibt einen komplexen Einblick in die Aufgaben und Tätigkeiten eines Polizeisprechers. Dabei sind alle Themenfelder der Ablauforganisation einer modernen Polizeipressestelle berücksichtigt. Allen Journalisten und „außerpolizeilichen“ Lesern bietet das Buch einen bis dahin noch nicht gewährten exemplarischen Einblick in den praktischen Arbeits-

alltag einer modernen Polizeipressestelle. Insofern versteht es sich ausdrücklich auch als ein Beitrag zum besseren Verstehen einer weiteren wichtigen Dienstleistung, die von der Polizei gegenüber unserer Mediengesellschaft erbracht wird.

**Pressearbeit der Polizei, Karl Beele, Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH, 236 Seiten, 17,38 Euro, ISBN 3-8011-0400-1**

## Ausgewählte Probleme bei sexueller Nötigung und Vergewaltigung aus der Sicht der Praxis

Das Werk dient Strafverteidigern, Staatsanwälten und Richtern als Einstieg in die Problematik des § 177 StGB und dient zudem als Nachschlagewerk bei der aktuellen Fallbearbeitung. Die als Staatsanwältin tätige Autorin hat umfassend höchst- und obergerichtliche Entscheidungen verarbeitet und gewürdigt.

Das Werk enthält zudem zahlreiche praktische Übersichten, mit denen die Autorin Nötigungsmittel, Tatbestände der sexuellen Handlungen und Qualifikationen vorstellt. Der Praktiker erhält abschließend weitreichende Argumentationsmuster zur Strafzumessung und Tenorierung.

**Ausgewählte Probleme bei sexueller Nötigung und Vergewaltigung aus der Sicht der Praxis, Susanne Folkers, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 278 Seiten, 50 Euro (D), ISBN 3-8329-0804-8**

## Sexuelle Belästigung am Telefon

Das Buch beschäftigt sich mit der Psychologie der sexuellen Telefonbelästigung, gibt Einblicke in empirische Untersuchungen zum Thema, schätzt die Gefährlichkeit und Motivationen der Belästiger ein, beleuchtet die rechtliche Lage – national und international – und stellt Möglichkeiten ein-

ner psychologischen Intervention vor.

Der zweite Teil des Buchs stellt ein praktisches Trainingshandbuch zur konkreten Umsetzung der interventorisches und präventorisches Maßnahmen dar.

**Sexuelle Belästigung am Telefon, Frank Hallenberger & Andreas Eckl, Verlag für Polizeiwissenschaft, 167 Seiten, 19 Euro, ISBN 3-935979-28-2**

## Bundespolizei im 21. Jahrhundert

Die Beiträge des Sammelbands greifen die bundespolizeilichen Aufgaben des Bundesgrenzschutzes am Beginn des 21. Jahrhunderts auf. Gegenstand der Aufsätze sind aktuelle polizeiliche Themenbereiche und Perspektiven – wie die Umgestaltung zu einer „Bundespolizei“ und der Beteiligung an europäischen grenzpolizeilichen Aufgaben sowie internationalen Polizeimandaten.

Ein derartiger Wandel in der Aufgabenwahrnehmung verlangt nicht zuletzt ein fundiertes zu weiterer Qualifizierung befähigendes Studium des polizeilichen Führungsnachwuchses. Mit den juristischen und kriminalistischen Fachbeiträgen soll zugleich das 25-jährige Bestehen der Fachhochschule des Bundes, Fachbereichs Bundesgrenzschutz geehrt werden.

**Bundespolizei im 21. Jahrhundert, Anke Borsdorff, Verlag für Polizeiwissenschaft, 242 Seiten Festeinband, 39 Euro, ISBN 3-935979-29-0**

## ABC der häufigsten Rechtsgeschäfte

Das 199 Seiten starke Lexikon ist ein gutes Rüstzeug für Verbraucher, sich in Rechtsfragen einen Überblick zu verschaffen und sich im juristischen Dschungel zu orientieren.

Wer sich einmal mit Rechtsgeschäften auseinandergesetzt hat,

weiß, wie undurchdringlich dieser Bereich sein kann. Ob es sich um die Aufnahme eines Darlehens, einen Versicherungsabschluss, einen Miet- oder Arbeitsvertrag oder die Buchung einer Reise handelt – täglich werden juristische Laien mit für sie nicht nachvollziehbaren Rechtsgeschäften konfrontiert. Nicht selten sind finanzielle Schäden für die Verbraucher die Folge.

Damit Verbraucher sich schlaumachen können, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist, haben der Verbraucherzentrale Bundesverband und die Verbraucherzentralen den Ratgeber „ABC der häufigsten Rechtsgeschäfte“ herausgegeben.

So erfährt der Leser Wissenswertes über Risiken aus den Bereichen Arbeits-, Versicherungs- und Bankrecht und beantwortet Fragen zu Kauf-, Verbraucher- und Reiserecht. Darüber hinaus gibt der Ratgeber einen Einblick in das Erb-, Ehe- und Mietrecht. Wer also wissen will, welche Voraussetzungen beispielsweise erfüllt sein müssen, um eine Mietminderung zu erhalten oder was beim Abschluss eines Ehevertrages zu beachten ist, findet in diesem Ratgeber die passenden Antworten. Zudem erhält der Ratsuchende wertvolle Tipps und Ratschläge, wie rechtliche und wirtschaftliche Fallen umgangen werden können.

### Bestellmöglichkeiten:

**Der Ratgeber „ABC der häufigsten Rechtsgeschäfte – Verbraucherlexikon zur aktuellen Rechtslage“ (1. Auflage, 2004) kann zum Preis von 11,80 Euro inklusive Versand- und Porto-kosten gegen Rechnung bestellt werden beim Versandservice des vzby, Heinrich-Sommer-Str. 13, 59939 Olsberg, (Telefon: 0 29 62 - 90 86 47, Fax: 0 29 62 - 90 86 49) oder per E-Mail: [versandservice@vzby.de](mailto:versandservice@vzby.de).**

**Im Internet können Sie im vzby-shop bestellen unter [www.ratgeber.vzby.de](http://www.ratgeber.vzby.de)**